

(A) (Degen [SPD])

Bei anderen Schulformen würden Sie lauthals protestieren.

(Beifall bei der SPD - Fortgesetzt Unruhe)

Dann zu der Frage der Schulstrukturen! Herr Reichel, Sie haben gesagt, daß die Presse das F.D.P.-Papier als das, was die Schulstruktur angeht, intelligenteste bezeichnet, das zur Zeit auf dem Markt ist.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Er hat aus einer Zeitung zitiert! - Abgeordneter Frey [SPD]: Was haben Sie dem Journalisten ausgegeben?)

Ich will das gar nicht in Frage stellen, aber anmerken, daß das daran liegt, daß das Konzept der SPD als Konzept der Gesamtpartei noch gar nicht vorliegt.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordnete Philipp [CDU]: Ach, haben Sie noch keines?)

- Nein, es liegt noch nicht vor.

(Weiterhin Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B) Wir haben auf unserem Parteitag in Hagen den Zeitplan genau festgelegt. Der Ministerpräsident hat mehrmals gesagt, in welchen Schritten diese Strukturdebatte durchgeführt wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Degen, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich so einzurichten, daß der Redner wenigstens von mir verstanden werden kann.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Speth [SPD]: Ich verstehe ihn gut! Nur die Opposition will ihn nicht verstehen!)

Abgeordneter Degen (SPD): Ich weiß nicht, ob man es verstehen will; das kann ja auch sein. - Wir werden den Zeitplan, den wir uns gestellt haben, einhalten und dann ein Schulstrukturmodell vorlegen. Wir brauchen dazu etwas mehr Zeit; denn wir müssen

(C)

mit unserer Basis diskutieren und uns mit unserer Basis einigen, einfach aus dem Grunde, weil wir im Gegensatz zu Ihnen eine haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob jemand zu diesem Bereich noch das Wort ergreifen möchte? - Das ist nicht der Fall.

Dann wenden wir uns jetzt dem Bereich

Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um drei Themen für den Nachtragshaushalt im Einzelplan 07. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, auch den zuständigen Minister zu informieren, daß es jetzt um seinen Teil geht. Ich fände es jedenfalls sehr angenehm, wenn Herr Heinemann hier wäre. Er müßte sich eigentlich seit heute morgen wieder abgeregt haben, als wir über den Kindergarten diskutiert haben. Es geht hier also um drei Themen: einmal um das Thema Asyl, um das Thema Drogen und um das Thema Maßregelvollzug.

(D)

Zu Punkt 1, zum Thema Asyl, in aller Kürze, weil wir dies in den vergangenen Monaten hier wirklich in Ausführlichkeit im Landtag miteinander besprochen haben. Die Landesregierung verlangt mit der Vorlage zum Nachtragshaushalt 45 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Errichtung von Sammelunterkünften, zur Anmietung von Sammelunterkünften für Asylbewerber. Wir lehnen diesen Teil des Nachtragshaushaltes nicht ab, weil wir generell der Auffassung sind, daß die Unterbringung von Asylbewerbern in Sammelunterkünften angebracht ist.

Wir bedauern allerdings, daß die SPD-Fraktion und die SPD-Landesregierung zehn Jahre lang gebraucht haben, um sich in dieser Frage auf die Position der Union zuzubewegen.

(A) (Arentz [CDU])

(Beifall bei der CDU)

Da kommt er ja, der Herr Heinemann. - Wir könnten dieser zusätzlichen Belastung des Steuerzahlers im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen jedoch auch nicht zustimmen, meine Damen und Herren, weil die Landesregierung bis heute nicht bereit ist, den Mißbrauch rund um das Asylrecht wirkungsvoll und nachhaltig zu bekämpfen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Arentz, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Appel zulassen?

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Ja, bitte!)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege Arentz, ist Ihnen bekannt, daß die Forderung nach Sammellagern eine vor zehn Jahren in die Öffentlichkeit getragene Forderung der NPD war? Ist Ihnen eigentlich bei der Umsetzung der Sammellager politisch vor diesem Hintergrund ganz wohl?

(B) Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Kollege Appel, Sie sind da über den Zeitablauf nicht genau informiert. Die Forderung nach Sammelunterkünften in Nordrhein-Westfalen ist im Frühjahr 1981 als erstes von der CDU-Landtagsfraktion in diesem Hause gestellt worden. Daß diese Forderung im Jahre 1982 auch von anderen übernommen worden ist, daran können wir nichts ändern.

Wir sagen Ihnen aber nur eines: Wenn die Mehrheit in diesem Hause, die SPD, nicht endlich bereit ist, mit uns nachhaltig und massiv gegen Asylmißbrauch vorzugehen, dann macht das auch den rechten Rand stark, was keiner von uns will.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie machen ihn stark!)

Deswegen können wir nur sagen, es ist verantwortungslos, wenn in diesem Bereich nicht gehandelt wird. Ich denke, daß das als Antwort auf Ihre Frage ausreicht.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kreutz zulassen?

Abgeordneter Arentz (CDU): Nein, Herr Präsident, die Uhr läuft unerbittlich. Ich muß noch so viel zum Nachtragshaushalt sagen, daß das leider nicht möglich ist.

Meine Damen und Herren! Wenn in Nordrhein-Westfalen der Mißbrauch der Sozialhilfe für Asylbewerber nur in gleichem Maße wie in Schleswig-Holstein stattfindet, dann kostet die Weigerung der Landesregierung, einen landesweiten Zählappell durchzuführen, den Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr 100 Millionen DM.

Wir sagen Ihnen ganz deutlich: Wir sind nicht bereit, diese Verschwendung, diese Verschleuderung von Steuergeldern im Asylbereich unkommentiert zu dulden.

(Beifall bei der CDU)

Derwegen sagen wir genauso deutlich: Die Landesregierung hätte diese Verpflichtungsermächtigungen von 45 Millionen DM und noch weitere Mittel längst von den 1,2 Milliarden DM, die das Land insgesamt im Asylbereich ausgibt, freimachen können, wenn sie nur handlungsfähig und handlungsbereit wäre.

(D)

Zweiter Punkt, Drogenpolitik: Wir stimmen der Erhöhung der Mittel für das Projekt "Therapie sofort" um 12 Millionen DM zu. Wir stellen fest, daß sich damit die Mehrheitsfraktion endlich unserer Meinung anschließt, daß die Angebote der drogenfreien Therapie in Nordrhein-Westfalen massiv ausgebaut werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, daß Nordrhein-Westfalen heute noch ein "drogentherapeutisches Entwicklungsland" ist. Für die große Zahl der Drogenabhängigen - die Landesregierung spricht seit Jahren von 20 000; in Wirklichkeit dürften es eher 40 000 sein - gibt es in unserem Land ganze 550 Therapieplätze und 29 Nachsorgeplätze.

(A) (Arentz [CDU])

Noch im Dezember des vergangenen Jahres haben es die SPD und die Landesregierung abgelehnt, für das Modell "Therapie sofort" mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Ihr Argument war damals, es gebe genügend Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen.

Nach nur vier Wochen, am 10. Januar, kam dann der Herr Heinemann um die Ecke und erklärte, er werde jetzt weitere 2 Millionen DM für "Therapie sofort" zur Verfügung stellen. Abgesehen davon, daß das ein völlig unzureichender Ansatz war, ist der eigentliche Skandal bei dieser Sache, daß Sie, Herr Heinemann, und jetzt auch die SPD mit ihrem Antrag, diese 2 Millionen DM bei den alten Menschen sparen wollen.

Denn, man höre und staune, als Deckung für die 2 Millionen DM für "Therapie sofort" schlägt die SPD eine Verringerung des Haushaltsansatzes für Baumaßnahmen im Bereich der Altenhilfe vor. Sie spielen alte Menschen, die jahrelang auf einen Platz im Pflegeheim warten müssen, gegen Drogenabhängige aus, die hier in Nordrhein-Westfalen ebenfalls unverantwortlich lange auf einen Therapieplatz warten müssen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Dies ist eine zynische Politik, die hier von der Mehrheit im Landtag betrieben wird.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Ganz miese Tour!)

Wie hilflos die Landesregierung der Drogenproblematik gegenübersteht, haben die Minister Heinemann und Schnoor mit ihrem Trip nach Holland gezeigt. Da kommen sie nach zwei Tagen zurück, zeigen sich tief beeindruckt und verkünden als neue Erkenntnis das, was sie bereits seit Monaten hier vortragen, nämlich daß das Methadonprogramm ausgeweitet werden müsse, der Besitz von Drogen zum Eigengebrauch legalisiert werden solle. Herr Schnoor will auch noch über die Freigabe von Heroin nachdenken.

Ich sage Ihnen hier für die CDU: Nordrhein-Westfalen darf kein Mekka der Drogenabhängigen werden!

(Beifall bei der CDU)

(C)

Nordrhein-Westfalen darf sein riesiges Defizit an Prävention, Therapie und Nachsorge nicht mit der Ersatzdroge Methadon vernebeln. Allen Überlegungen zur Freigabe von Drogen treten wir entgegen. Die Drogenfreigabe ist keine Antwort auf den Drogentod, sondern eine unverantwortliche und gefährliche Verharmlosung der Drogensucht.

Meine Damen und Herren, es ist schon absurd: Minister Heinemann verlangt ein Verbot der Tabakwerbung. Die SPD-Fraktion fordert Gefängnisstrafen für Dopingsünder. Gleichzeitig will die gleiche Landesregierung den Besitz von Drogen bis hin zu Heroin legalisieren.

(Beifall bei der CDU)

Man muß wirklich fragen: In welcher Welt leben Sie von der SPD eigentlich?

Zum dritten Punkt: **Maßregelvollzug**. Dazu nur zwei kurze Anmerkungen, wir werden morgen ja ausführlich darüber diskutieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Arentz, darf ich Sie noch einmal unterbrechen. - Wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kreutz zulassen? (D)

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht! Ich habe noch eine Minute Redezeit - nein.

Erstens. Der Haushaltsansatz für den Maßregelvollzug reicht für die vollen Kosten in diesem Jahr vorne und hinten nicht aus. Erst hat diese Landesregierung die Standards im Maßregelvollzug qua Gesetz hochgeschraubt, jetzt will sie die Kosten für diese hohen Standards auf die Gemeinden abwälzen.

Zweitens. Es ist völlig unverantwortlich, daß die Landesregierung die Ausgaben für den Maßregelvollzug künftig deckeln, das heißt mit einer festen Obergrenze versehen will. Das bedeutet im Klartext

- weniger Schutz der Bürger Nordrhein-Westfalens vor psychisch kranken Rechtsbrechern,

(A) (Arentz [CDU])

- weniger Therapie für die Patienten im Maßregelvollzug, damit längere Aufenthaltsdauern und letztlich mehr Kosten,
- wieder einmal Abschiebung und Abwälzung einer Landesaufgabe auf die Kommunen.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde können wir dem dritten Teil des Nachtragshaushalts, dem Einzelplan 07, nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie den etwas späten Auftritt - ich hatte gedacht, daß zu diesen wichtigen Themen zuerst ein Kollege von der SPD-Fraktion spricht.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Erst die Opposition, Herr Lanfermann!)

(B)

- Kommt noch. Macht nichts!

Der Kollege Arentz hat eine Reihe von Gründen aufgezählt, warum er diesen Teil des Nachtragshaushalts nicht mittragen kann. Ich kann mich dem im großen und ganzen anschließen. Ich möchte nur einige ergänzende Bemerkungen machen.

Meine Damen und Herren, um gleich bei dem letzten anzuschließen: Beim Maßregelvollzug erleben wir in der Tat eine Neuauflage des wirklich hervorragenden Erfindungsreichtums dieser Landesregierung, wenn es darum geht, Belastungen und Kosten auf die Gemeinden abzuschieben. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, wir werden morgen im einzelnen darüber ja noch zu sprechen haben.

Lassen Sie mich auch einige Worte zu dem Thema Drogen sagen! Um es vorweg klarzumachen: Selbstverständlich tragen auch wir die Kosten für das Projekt "Therapie sofort" mit. Es geht auch nicht um

(C)

2 Millionen DM mehr oder weniger - auch wenn man versucht hat, mehr Schlagzeilen als Therapieplätze zu produzieren. Wir hören schließlich seit Monaten, daß gezahlt wird, vor zwei Wochen haben wir aber erfahren, daß noch gar nichts gezahlt wird, weil es der Finanzminister zunächst einmal abgelehnt hat, diese Kosten zu übernehmen. Jetzt wird über den Nachtragshaushalt versucht, diese schon Weihnachten 1991 verkündete Großtat noch zu finanzieren. Wir tragen diese Kosten mit und sagen mit allem Ernst:

Jeder Fall eines Drogenabhängigen ist letztlich ein persönliches Schicksal, das im einzelnen anzusehen und auch zu behandeln ist. Das heißt, niemand kann sich herausnehmen zu sagen: Das ist der Königsweg, das ist das große Rezept, mit Drogenabhängigkeit fertigzuwerden.

(Zustimmung des Abgeordneten Kuschke [SPD])

Sicherlich muß man alles im einzelnen betrachten. Aber eines darf man deswegen gerade nicht:

Man darf nicht ein Therapiemodell herausnehmen und es als das allein seligmachendes Rezept verkaufen. Genau das tut Minister Heinemann, indem er widersprüchlich auf der einen Seite sagt: Ich warte ab, bis das Modell gelaufen ist, bis mir die Erfahrungsberichte vorliegen; dann werde ich meine Meinung dazu sagen, wieviel Geld wir brauchen, wie viele Behandlungen mit Methadon wir in Zukunft in diesem Land haben sollen. Auf der anderen Seite verkündet er während des laufenden Projekts seit Jahren, das alles sei ein Riesenerfolg und müsse unbedingt ausgeweitet werden.

(D)

Tatsächlich laufen Sie auf - zum Beispiel bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen. Das sagen Sie hier nicht öffentlich.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Aber es ist so!)

Die Krankenkassen übernehmen die Finanzierung nämlich nicht in dem Umfang, wie Sie es wollen. Ich sage noch eines:

Weder das Methadon-Programm noch irgendeine andere These darf dazu herhalten, das Drogenproblem

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

zum Anlaß zu nehmen, andere Schwächen dieser Landesregierung zu verdecken. Es ist ein interessanter Vorgang, daß sich jetzt schon hohe Polizeibeamte zu Wort melden, die den Aufgaben in ihren Behörden nicht nachkommen können, weil sie nicht in der Lage sind, das Gesetz zu vollziehen.

Interessant ist auch, daß von der Landesregierung keine Konzepte vorgelegt werden, wie man mit der Kriminalität, die gerade mit Drogen zu tun hat, fertigwerden will. Statt dessen werden einige vorgeschickt, um die Stimmung zu testen.

Da will ein Justizstaatssekretär nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden plötzlich das Legalitätsprinzip aushebeln. Das ist etwas ganz Neues. Ich bin mal gespannt, wie man das insgesamt und auf Bundesebene vertreten will. Vielleicht legt uns der Justizminister im Verlauf der Debatte seine Haltung zu Legalität und Opportunität dar. Wir haben in den letzten Jahren ja schon manche Überraschung erlebt, wenn es um die Auslegung dieser Begriffe durch die Landesregierung ging.

Noch einmal: Auch das Methadon-Programm darf nicht dazu dienen, Schwächen der Landesregierung zu verdecken.

(B)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung! Allein dadurch, daß der Minister vor zwei Wochen hier und der Staatssekretär im Ausschuß nicht einmal richtig erklären konnten, wo das Geld zum Beispiel für "Therapie sofort" herkommen soll - ich meine die 2 Millionen DM im ersten Ansatz -, ist Verwirrung entstanden.

Wenn ich mir überlege - Herr Kollege Arentz hat es zu Recht kritisiert -, daß selbst für einen Betrag von 2 Millionen DM diesem Minister nichts anderes mehr einfällt, als dieses Geld ausgerechnet aus einem der sogenannten Herzstücke der Regierungserklärung 1990 von Ministerpräsident Rau zu nehmen - nämlich Stichwort Landesaltenplan, Hilfe für alte Menschen -, und wenn ich mir anschauere, was wir alles für Programme und Hilfen und irgendwelche kaum noch nachvollziehbaren Dinge in diesem 7-Milliarden-Etat des Gesundheits- und Sozialministers haben,

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(C)

dann wird es auch hier einmal Zeit für eine gründliche Bestandsaufnahme, was denn in diesem Haushalt alles passiert.

Ich sage das als Abgeordneter, der ja schließlich einmal angefragt hat, was es denn zum Beispiel in einem Sammeltitel alles gegeben hat an Anträgen, an Gutachten, an Programmen, an Zuschüssen, wer denn was eigentlich beantragt und wer was bekommen hat, damit dieses Parlament auch seiner Aufgabe nachkommen kann zu prüfen: Was versteckt sich denn dahinter, wenn wir unter dem Titel XY ein paar Millionen bewilligen, und hinterher kann selbst der Abgeordnete in seinem Ausschuß nicht nachvollziehen, wo das Geld geblieben ist?

Wenn sich diese Landesregierung - und so ist es geschehen, Herr Minister Heinemann; der Vorgang ist nicht vergessen, er ist nur auf Frist gelegt, damit Sie es wissen - ausgerechnet hinter dem Datenschutz versteckt bei Geldern, die auf entsprechende Anträge hin öffentlich ausgegeben worden sind, und wenn wir das dann vergleichen mit diesem doch wirklich "unbürokratischen" Vorgehen, wie Sie es genannt haben, bei der 26-Millionen-Förderung für das Projekt in Bochum, dann, Herr Minister, sehen Sie, wo der Schwerpunkt unserer Arbeit auch in den nächsten Monaten liegen wird, und zwar nicht nur im Untersuchungsausschuß, sondern auch in den Ausschüssen des Parlaments selbst. Das gilt sowohl für die Haushälter als auch für die Abgeordneten im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(D)

Hier scheint mir eine Menge Luft zu sein. Hier scheinen mir eine Menge Projekte zu sein, die alle auf den Prüfstand gehören. Ich glaube, das Stichwort Kienbaum hat sich nicht nur bei Schule und Polizei bewährt. Ich trete dem Gedanken immer näher, daß wir dieses Haus noch gründlicher unter die Lupe nehmen müssen.

Herr Minister Heinemann, vielleicht haben Sie auch den Mut wie Ihre Kollegen - vielleicht scheuen Sie aber auch die Erfahrungen, die die bisher gemacht haben -, einmal zu erfahren, was in Ihrem Hause eigentlich vorgeht, welche Gelder da bewilligt werden. In diesem Sinne bieten wir Ihnen ganz konstruktiv unsere Zusammenarbeit an. - Vielen Dank.

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen zum wiederholten Male in diesem Hause über die Asylpolitik der Landesregierung reden. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, ich mache das eigentlich nicht gern, weil mein Gefühl ist: Je mehr über Asylpolitik geredet wird, desto mehr werden Menschen in ihren Vorurteilen gegen Asylbewerber bestärkt, glauben sie dem Prinzip der teilweise beleuchteten Bühne, als ob die Asylbewerber das politische Problem in diesem Lande wären und nicht in Wirklichkeit 2,7 Millionen fehlender Wohnungen und eine weiter existierende strukturelle Arbeitslosigkeit.

Daß dieses so ist, das liegt aber auch an der Asylpolitik der Sozialdemokratie - auch in Nordrhein-Westfalen, aber auch insgesamt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat uns im Nachtragshaushalt dargelegt, wie sie gedenkt, den sogenannten "Altparteien-Kompromiß" auf Bundesebene in Nordrhein-Westfalen in die Tat umzusetzen. Herr Engholm hat uns in Schleswig-Holstein vor einigen Tagen vorgeführt, daß er landesweit Zählappelle durchführen kann und daß er auch mit ins Horn derjenigen stößt, die auf der Seite der CDU und der F.D.P. ähnliches fordern, nämlich in der sozialen Krise Sündenböcke zu suchen und Asylbewerber für sogenannten Asylmißbrauch anzuprangern, was dann regelmäßig und auch im Kreis Aachen zutage kommt. Es ist aber weniger der Mißbrauch in einigen wenigen Fällen - -

(Widerspruch des Abgeordneten Kuschke [SPD])

- Lesen Sie sich einmal die Zahlen durch, lassen Sie sich einmal vom Innenminister sagen, Herr Kuschke, wie viele Ermittlungsverfahren und wie viele Verurteilungen es denn im Kreis Aachen am Ende wirklich gegeben hat. Das war ein Bruchteil dessen, was groß in den Zeitungen gestanden hat und was nicht

(C)

ohne Grund so aufgebauscht in den Zeitungen gestanden hat,

(Beifall bei den GRÜNEN)

nämlich um gegen die Schwächsten der Schwachen Politik zu machen. Lesen Sie einmal die Zahlen nachträglich durch.

Aber darum geht es offensichtlich nicht. Sie wollen hier die Verfahrensverkürzungen auf Bundesebene unterstützen, das heißt zwei Wochen Entscheidung Bundesamt, zwei Wochen Entscheidung vor den Verwaltungsgerichten und zwei Wochen im Bereich der Abschiebung. Ich denke, diese Politik trägt auch dazu bei, daß die Stimmung gegenüber Fremden in diesem Lande nicht besser wird und daß die Menschen ihre Vorurteile nicht verlieren.

Ich erspare es mir, Ihnen vorzuhalten, was Ihnen Amnesty International, die Vereinigung der Verwaltungsrichter, der Hohe Flüchtlingskommissar sowohl in Bonn als auch hier in Düsseldorf zum neuen Asylverfahrensgesetz gesagt haben. Aber offensichtlich ist die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht lernfähig und kapiert nicht, daß dieser Rechtsstaatsabbau, der hier auf Landesebene abgesichert wird, nicht nur die Asylbewerberinnen trifft, sondern letztendlich auch auf alle Bürgerinnen und Bürger zurückschlägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den ersten Ansatz dazu kennen wir bereits, der nennt sich Justizentlastungsgesetz. Und viele Vorschläge von Einzelrichtern zur Verkürzung der Verfahren oder zur Streichung von Rechtsmitteln sind aus den Entwicklungen der Asylverfahrensgesetze hier für alle Bürgerinnen und Bürger übernommen worden. Das heißt, Asylverfahrensgesetzgebung ist wie in den 70er Jahren die sogenannte Sicherheitsgesetzgebung, die Einstiegsdroge der Bundesregierung, die Einstiegsdroge des Staates, um Bürgerrechte in diesem Lande zu verkürzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf - und wir GRÜNEN haben das nachdrücklich getan und werden das wieder tun -, endlich aus dem unseligen sogenannten Kompromiß

(D)

## (A) (Appel [GRÜNE])

auszusteigen, der von Anfang an von Herrn Schäuble gemeint auch gar kein Kompromiß war.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ein fauler Kompromiß war das!)

Er hat ja im Oktober, als die Vorschläge abgestimmt wurden, bereits einen Tag später verkündet, er wolle trotzdem das Grundgesetz ändern. Wir haben jetzt in den Beratungen um das Asylverfahrensgesetz in Bonn erleben müssen, daß eigentlich nichts anderes geplant war, daß auch hier die Sachverständigen nur gehört wurden, um die CDU zu bestätigen in ihren Vorurteilen oder in ihrer vorgefaßten Meinung: Wir müssen das Grundgesetz ändern. Und die "Bild-Zeitung" leistet dann in ausländerfeindlicher Absicht die entsprechende Schützenhilfe. Sie lügt von 400 000 Asylananten, die in die Bundesrepublik kommen wollten, redet weiterhin von Scheinasylananten, obwohl es sich hier um Flüchtlinge handelt und obwohl die Fluchtsachen, wie wir es gerade in diesen Tagen in der Türkei sehen können, nicht nur auf der Tagesordnung sind, nicht nur deutlich zu sehen sind, sondern von der Bundesrepublik durch Waffenlieferungen noch geschaffen worden sind.

## (B) Ich finde es unerträglich, Herr Farthmann, wenn der Vorsitzende der Regierungspartei in diesem Lande - hören Sie einmal gut zu! -, wenn es um das Thema "Verfahrensverschärfungen" geht, in der "Rheinischen Post" am 29. Februar wörtlich erklärt:

Prüfung des Antrags so schnell wie irgend möglich, ggf. Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle, und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.

Diese skandalösen Äußerungen erzeugen bei den Gewalttätern draußen das Gefühl, daß die Politiker eigentlich ihre Taten billigen und sich nur nicht trauen, das zu tun, was sie vor Ort tun. Damit wird Fremdenfeindlichkeit in diesem Land Vorschub geleistet. Ich finde es verachtenswert, daß so etwas aus sozialdemokratischem Munde gekommen ist, wenn es zutrifft, was die "Rheinische Post" geschrieben hat, und wenn Sie sich hier nicht davon distanzieren, Herr Prof. Farthmann.

(C)

Ich möchte ein Wort zum sogenannten Asylmißbrauch sagen, der durch Gemeinden zur Verbesserung ihrer Finanzen betrieben wird und der meines Erachtens ein eklatanter Beweis dessen ist, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen und im Bund politikunfähig ist. Wenn wir hier als GRÜNE deutlich gemacht haben - und wir haben das in Anfragen getan -, daß sich Gemeinden bei den Finanzen bedienen, indem sie zum Beispiel über die Festsetzung von Wohngebühren für Asylbewerber Wuchermieten von z. B. 132 DM pro Quadratmeter einnehmen, daß sie sogar Asylbewerber, die bereits Arbeitsplätze haben, durch überhöhte Mietgebühren zwingen, wieder in das Sozialhilfeniveau zurückzufallen, dann ist das nichts anderes als ein Geldtransfer von Landesebene bzw. Bundesebene auf die Gemeinden.

Der politische Hintergrund, den zur Kenntnis zu nehmen Sie sich weigern, ist der, daß die Gemeinden ausgeblutet worden sind, daß die Gemeinden auf diesem Wege versuchen - ich habe dafür kein Verständnis; aber sie machen es nun einmal -, wieder an Geld zu kommen, indem sie entsprechende Gebühren nehmen, weil die Sozialhilfe bei Asylbewerbern vom Land erstattet wird. Die Gemeinden sanieren dann indirekt damit ihre Haushalte. Das lassen Sie nicht nur zu, sondern Sie meinen sogar, man könnte es mit dem Mantel des Schweigens verdecken, man könnte darüber hinweggehen.

(D)

Anstatt die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf die Tagesordnung zu setzen und hier am wirklichen politischen Problem zu diskutieren, diskutieren Sie daran vorbei, gehen Sie darüber hinweg, ignorieren Sie das Ganze und schieben es den Asylbewerbern zu, sagen: "Ja, da muß man dann da noch ein bißchen prüfen" und gehen damit dieselbe Richtung, wie es Ihre CDU-Kollegen bereits getan haben, das Grundrecht auf Asyl anzutasten.

Wir stimmen deshalb Ihrer Politik und ihrer Art, das Grundrecht auf Asyl im Bereich der Verfahrensgesetze in vorauseilendem Gehorsam auszuhöhlen, nicht zu und stimmen deswegen auch gegen diesen Nachtragshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Heine- mann: Also gegen die ... Reform!)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Appel. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, Sie entwickeln sich in den letzten Monaten zunehmend zu einem unheimlichen und unsozialpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion. Anders kann man die Vorstellung, die Sie hier gegeben haben, nicht mehr bezeichnen. Der Punkt ist nicht, daß irgend jemand hier irgend etwas zu spät aufgegriffen hat, wie Sie beim Thema "Asyl" angemerkt haben, sondern Tatsache ist, daß die Bundesregierung seit über zehn Jahren nicht in der Lage ist, eine schlüssige Ausländer- und Zuwanderungspolitik zu formulieren. Daher kommen die Probleme, die wir im Augenblick haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, die Krokodilstränen über die Verpflichtungsermächtigung von 45 Millionen DM hätten Sie sich ersparen können. Denn im Grunde hätten die Liegenschaften des Bundes den Ländern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Das ist die einhellige Forderung aller Länder an den Bund gewesen. Nur weil der Bund dem nicht nachkommt und deshalb entsprechende Mieten entstehen, müssen wir diese Verpflichtungsermächtigung ausbringen.

(B)

Ich komme einmal auf Ihr Thema "Mißbrauch" zurück. Herr Kollege Arentz, entweder wollen Sie es nicht wahrhaben oder Sie sind so naiv. Aber das letzte glaube ich nicht, weil ich Sie ja auch kenne. Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung gibt den Weg, der in Schleswig-Holstein gegangen worden ist, einen solchen Zählappell durchzuführen, überhaupt nicht her. Schauen Sie sich einmal an, was die Sozialämter der CDU-regierten Städte zu Ihrer Forderung sagen! Diese Sozialämter sagen - genauso wie ich das über eine Versammlung der Sozialämter im Kreis Unna, wo es auch CDU-regierte Städte gibt, habe nachlesen können -, daß diese Zählungen absolut überflüssig sind, weil sie mit der zunehmenden Umstellung von Bargeldzahlungen auf die Ausgabe von Wertgutscheinen gar nicht mehr notwendig sind.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(C)

- Ja, in CDU-regierten Städten. Da ist diese Umstellung nämlich noch nicht passiert. Das ist doch der Punkt, Herr Arentz.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, wir werden Sie heute noch etwas mehr entblättern. Wir kommen nämlich jetzt zum Thema "Therapie sofort", das uns allen sehr am Herzen liegt.

Vizepräsident Schmidt: Kollege Kuschke, würden Sie vorher noch eine Frage von Herrn Arentz beantworten?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein, im Augenblick noch nicht,

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

wobei das "Outing" bei der F.D.P. in diesem Punkt nicht notwendig sein wird, Herr Kollege Lanfermann. Denn siehe da: Nach dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - und das halte ich für eine Ungeheuerlichkeit - haben CDU und GRÜNE den Punkt "Therapie sofort" abgelehnt, meine Damen und Herren.

(D)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das ist doch Unsinn!)

- Ich habe hier die Drucksache 11/3450, aus der ich mit Genehmigung des Präsidenten vorlesen darf:

Die übrigen Empfehlungen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge mit Ausnahme des Antrags Nr. 9 der Anlage zu Vorlage 11/1126 wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das war die Gesamtabstimmung, nicht die Einzelabstimmung!)

(A) (Kuschke [SPD])

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Vesper. Sie und Ihr Kamerarist Busch sind doch sonst die Experten bei Anträgen auf Einzelabstimmung. Warum haben Sie es denn dabei nicht gemacht?

(Beifall bei der SPD)

Im Grunde genommen ist doch das Problem, daß Herr Busch wieder mit seiner kameraristischen Erbsenzählereipolitik und -strategie in die Ausschußberatungen hineingegangen ist, und dann paßte ihm das nicht.

Während Sie, Herr Kollege Arentz, noch über 2 Millionen DM und die Ankündigung des Ministers, diese auszugeben, sowie die Frage, woher er diese denn kriegen will, nachgequängelt haben - anders kann man es nämlich nicht bezeichnen -, haben die Mehrheitsfraktion und dieser Minister mit der Stabilisierung von "Therapie sofort" in Dortmund und der Ausweitung in Köln einen Weg beschritten, der bundesweit einzigartig ist.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Jetzt will ich Ihnen noch einmal etwas anderes sagen. Die soziale Spaltung zwischen alten Menschen und Junkies, die Sie zu betreiben versuchen, ist das Ungeheuerlichste, was ich seit Monaten in diesem Hohen Hause gehört habe.

(Beifall bei der SPD)

Seit mehreren Jahren - ich sage das ganz deutlich -, nämlich seitdem dieser Minister dafür die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit hat, seitdem differenzierte Wege gegangen werden, seitdem gesagt wird, es gebe nicht nur einen Königsweg, seitdem Dinge auch erprobt werden und vor allen Dingen, Herr Kollege Arentz, seitdem das Prinzip Mitmenschlichkeit, menschliches Mitgefühl und Anerkennung besteht und Drogensucht als Krankheit gilt - da, denke ich, geht Ihnen noch einiges ab, Herr Kollege Arentz -, betreibt das Land Nordrhein-Westfalen eine mustergültige, für die Bundesrepublik Deutschland beispielgebende Drogenpolitik. Nur Sie haben es noch nicht gemerkt, Herr Kollege Arentz.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Nun kommen wir zu der Aussage, die Sie bezüglich der Therapieplätze gemacht haben, Herr Kollege Arentz. Sie wissen doch selbst, daß die Kostenträger Ihnen und unserer Fraktion in der Vergangenheit vorgeweint haben, es seien nicht ausreichend Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen vorhanden. Sie haben die Frage häufiger gestellt; wir haben sie häufiger gestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Herr Kollege Arentz, warten Sie, ich komme auf den Schlenker. Ich will ja nicht abstreiten, Herr Kollege Arentz, daß uns unter Umständen diese Aussage eine Zeitlang lieb war. Um so mehr erfreut es uns, daß infolge der Erfahrungen mit dem Modell "Therapie sofort" diese Möglichkeiten nicht mehr zugelassen werden, sondern daß wir aufgrund der Erfahrungen mit "Therapie sofort" eindeutig vor die Entscheidung gestellt werden - das haben wir mit dem Nachtragshaushalt getan; wir vollziehen das im Augenblick -, "Therapie sofort" in Dortmund auszubauen und in Köln für den rheinländischen Bereich anzubieten.

Herr Kollege Arentz, ich bin sogar der Meinung - ich fordere Sie auf, mit uns daran mitzuwirken -, daß über diese beiden Städte hinaus in anderen Großstädten und Kreisen möglicherweise ähnliche Modelle durchgeführt werden sollten: Aber, Herr Minister Heinemann, das wird erst möglich sein, wenn wir die Kostenträger zu einer anderen Finanzierungspolitik in diesem Bereich gebracht haben. Denn diese Summen können nicht in der bisherigen Art und Weise vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht werden.

Sie haben Ausführungen zum Maßregelvollzug gemacht; Sie haben den Begriff "deckeln" verwendet, der hier völlig unangemessen ist. Wir haben versucht, mit den Landschaftsverbänden zusammen in einer Reihe von Gesprächen zu Pauschalierungssätzen und zu vernünftigen Abrechnungsverfahren zu kommen. Die Befürchtungen, die Sie hier geäußert haben, entbehren jeder Grundlage.

Jetzt komme ich zu dem Kollegen Lanfermann; er erscheint gerade wieder. Herr Kollege Lanfermann, Sie haben vorhin so toll den Gestaltungswillen der F.D.P., unter anderem in der Sozialpolitik, angekündigt. Herr Kollege Lanfermann, dann lassen Sie uns

(D)

(A) (Kuschke [SPD])

doch dem Hohen Hause einmal mitteilen, daß Ihre Gestaltungspolitik bei den Haushaltsberatungen und bei den Nachtragshaushaltsberatungen so aussah, daß Sie überhaupt keinen einzigen Antrag gestellt haben. So sieht die Gestaltungspolitik der F.D.P., vertreten durch Herrn Lanfermann, aus.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sagen Sie die Begründung auch dazu!)

- Die Begründung gebe ich jetzt aus meiner Sicht.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Nein, meine Begründung müssen Sie wiedergeben!)

- Diese können sie selber geben.

Die Begründung, die der Wahrheit am nächsten kommt, Herr Kollege Lanfermann, ist doch die, daß Sie Gewehr bei Fuß stehen und der Aufforderung von Herrn Möllemann folgen, rigiden Sozialabbau und die Verabschiedung aus der Sozialpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Deshalb beteiligen Sie sich nicht an der Sozialpolitik in diesem Lande und haben Sie sich auch nicht an den Nachtragshaushaltsberatungen beteiligt.

Meine Damen und Herren, wir haben schmerzhaft feststellen müssen - das ist für uns wirklich Anlaß, verschärft darüber nachzudenken -, daß wir, was die finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes angeht, letztendlich an unsere Grenzen gekommen sind. Insofern, Herr Kollege Appel, sind wir Ihnen dankbar dafür, daß auch Sie das mittlerweile gemerkt haben und daß Sie sich dafür einsetzen und beim Bund darauf drängen, daß wir zu einem anderen Finanzausgleich kommen. Nur, die Behauptung, wir hätten das in der Vergangenheit nicht getan, war überflüssig und nicht richtig.

Meine Damen und Herren, angesichts der schwierigen finanzpolitischen Situation denke ich, daß die Landesregierung einen vernünftigen Nachtragshaushaltswurf vorgelegt hat und daß wir mit den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion einen wichtigen, notwendigen und soliden Weg gehen. - Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. - Für die Landesregierung hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, um das Wort gebeten.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich die Debatte zum Nachtragshaushalt verfolgt habe, komme ich zu dem Ergebnis: Hier wird erst einmal wieder mächtig gemischt. Alles, was Wahrheitsgehalt hat, wird heraus-sortiert; der Rest wird dann wiederum durcheinandergemischt, und man ergeht sich in Falschdarstellungen und im Zünden von Nebelkerzen.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Das ist eine ganz alte Leier!)

So kann ich die Ausführungen des Herrn Arentz und die des Herrn Lanfermann heute hier nur verstehen.

(D)

Wenn Herr Arentz hier behauptet, die SPD sei nicht bereit, den Asylmißbrauch zu bekämpfen, dann sage ich: Das ist eine Falschdarstellung, die kaum über-treffbar ist.

Herr Arentz, wer fordert denn seit Jahren den Bund auf, endlich die Voraussetzungen der erkenntnis-dienstlichen Behandlung zu schaffen? Wer fordert den Bund auf, seine Schularbeiten zu machen? Wer fordert den Bund auf, die technischen Voraussetzungen zu nutzen, die gegeben sind, um den Kommunen nicht erst nach neun oder zwölf Monaten den Abgleich zuzustellen?

(Zuruf von der F.D.P.: Immer die anderen!)

- Aber reden Sie doch nicht einen solchen Blödsinn! Sie haben bis heute noch nicht begriffen, wer wofür zuständig ist.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Darf das hier jeder so sagen?)

(A) (Minister Heinemann)

- Sie begreifen nicht, wofür jemand zuständig ist. Und wenn die Zuständigkeit des Bundes uns behindert, dann ist es für mich unerträglich, zu sagen: "Immer die anderen!", sondern dann muß ich dem Bund einmal sagen: "Wenn du hier deine Schularbeiten machst, sind wir in der Lage, den Mißbrauch zu bekämpfen."

Herr Lanfermann, zu Ihrer Bemerkung "Darf man das hier sagen?" würde ich Ihnen einmal empfehlen, den Kommentar Herrn Surholts zu lesen. Vielleicht haben wir heute noch einmal die Gelegenheit, etwas über Ihr Verhalten zu zitieren. - Aber das nur am Rande!

Herr Ruppert, ich sage Ihnen: Wenn diese Voraussetzungen nicht geschaffen werden, wenn die Sachbearbeiter bei den Sozialämtern - und das sind ja wohl die Experten - sich beschweren, daß der Bund sie im Regen stehen läßt, wenn wir aufgrund dieses Versäumnisses des Bundes nicht in der Lage sind, die Notwendigkeiten zu erfüllen, dann ist es für mich unverständlich, wenn Sie zurückweisen, daß ich dies kritisiere. Neun bis zwölf Monate dauert der Abgleich! Dann braucht die Kommune ihn nicht mehr. Und wenn die Zahl der rückständigen Anträge in Zirndorf von Monat zu Monat wächst, wenn wir fast

(B) 300 000 rückständige Anträge in Zirndorf haben,

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Hört, hört!)

wenn dort nicht mehr Personal eingestellt wird und die Zahl der Rückstände immer größer wird, dann frage ich mich: Was soll man denn von diesem Gerede des Herrn Arentz halten, wenn er dem Land derartige Vorwürfe macht, wo wir doch auf der anderen Seite wissen, daß die Schlampigkeit in Zirndorf das Land Nordrhein-Westfalen jährlich 150 bis 200 Millionen DM kostet?

(Zuruf von der SPD: Das ist unerhört!)

Da liegen die Fehler. Darin liegt das Problem. Und die CDU redet über Artikel 16, obwohl sie weiß, daß sich überhaupt nichts ändert, wenn der nur verändert wird. Überhaupt nichts!

(Abgeordneter Champignon [SPD]: So ist es.)

(C)

Sie tut das, um von den eigenen Schwächen in Bonn, in Zirndorf abzulenken, weil sie die Probleme nicht den Griff bekommt. Das war bei Herrn Zimmermann so, das hat sich verstärkt bei Herrn Schäuble, und den Höhepunkt erleben wir jetzt unter Herrn Seiters.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Heinemann, würden Sie eine Frage von Herrn Appel zulassen?

(Minister Heinemann: Jederzeit! Ich bitte aber, auf die Zeit zu achten!)

- Bitte schön, Herr Appel!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Minister, ich wollte Sie fragen, ob ich richtig gehört habe, daß Sie gesagt haben, die nordrhein-westfälische Landesregierung stimme zu oder betreibe sogar, daß auf Bundesebene die Rechtsgrundlage dafür geschaffen wird, daß von allen AsylbewerberInnen Fingerabdrücke genommen werden können. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Appel, ich bin der Auffassung, daß das eine Selbstverständlichkeit ist. Wenn ich an dieses Land Forderungen stelle, muß ich auch Bedingungen erfüllen, muß ich mit dafür sorgen, daß Mißbrauch in unserem Lande nicht möglich ist. Deshalb bin ich dafür, daß für alle die erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt. Ich halte das auch nicht für eine Diskriminierung. Und ich sage Ihnen ebenso offen: So, wie sie jetzt geschieht, nützt sie nichts - sie geschieht ja schon in den Kommunen -, weil man einfach die Möglichkeiten nicht nutzt, die uns die Technik bietet.

(D)

Es ist schon eine Falschdarstellung, hier Schleswig-Holstein in die Diskussion hineinzubringen. Herr Arentz, Sie kennen die Unterschiede - Herr Kuschke ist darauf eingegangen - zwischen der Verfassung von Nordrhein-Westfalen und der von Schleswig-Holstein. Sie wissen, daß Herr Jansen mehrmals zählen wollte, es aber nicht getan hat, weil die Voraussetzungen einfach nicht gegeben sind. Hat sich denn nicht der Oberkreisdirektor in Aachen darüber beschwert, daß der Erfolg der Zählung durch die Schlampigkeit beim

(A) (Minister Heinemann)

Bundeskriminalamt und beim Bundesinnenministerium in Bonn in Frage gestellt wird?

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Unsinn!)

Herr Meyer, Sie lachen. Ihr Lachen beweist mir, daß Sie überhaupt nicht wissen, warum Sie lachen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Unsinn!)

Aber das ist ja nicht das erste Mal; das habe ich ja bei Ihnen in der Vergangenheit schon des öfteren erlebt.

(Zustimmung bei der SPD)

Das zweite Thema, das wir mit dem Nachtragshaushalt ansprechen, ist das der Drogenabhängigen. Es befremdet mich schon und es erschüttert mich auch, wie hier über das Schicksal kranker Menschen von manchen die Diskussion geführt wird. Ich diskutiere mit Ihnen nicht darüber, ob wir 20 000 oder 30 000 drogenabhängige Menschen in Nordrhein-Westfalen haben. Die Frage kann niemand beantworten; es sind Schätzzahlen, und es wäre falsch, daran die Diskussion aufzuziehen. Ich will auch gar nicht eine Diskussion darüber führen, daß die Zahl der Drogenabhängigen, gemessen an der Zahl der Alkoholabhängigen, eine geringe ist.

(B)

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das entschuldigt das Problem nicht!)

Ich will auch nicht die Diskussion darüber führen, daß die Zahl der Medikamentenabhängigen ungefähr zehnmal so hoch ist wie die Zahl der Drogenabhängigen.

Wenn ich Ihre Rede, Herr Arentz, höre, erinnere ich mich daran, wie wir vor fünf oder sechs Jahren diskutiert haben. Wenn wir Ihnen gefolgt wären, hätten wir in der Drogenpolitik noch die Situation von 1980 oder 1985.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie waren gegen jedwede fortschrittliche Drogenpolitik. Sie haben mit allen Mitteln das Methadon-Pro-

(C)

gramm der Landesregierung bekämpft und in Mißkredit gebracht.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Heinemann, hör auf!)

Sie haben nicht das Schicksal dieser Menschen in den Vordergrund Ihrer Überlegungen gestellt. Ich sage Ihnen dazu, Herr Arentz: Es gibt keinen Königsweg. Ich habe immer wieder betont: Es gibt viele Wege, die ich gehen muß, um den Menschen mit unterschiedlicher Mentalität, mit unterschiedlichen Abhängigkeiten, mit unterschiedlichen Problemen helfen zu können. Da gibt es für den einen die Möglichkeit des Methadon-Programms mit der Chance, eventuell aus dem Methadon herauszukommen, und da gibt es für den anderen die Möglichkeit, in einer drogenfreien Therapie sein Leben in geordnete Bahnen zu lenken. Für mich ist das Wichtigste die drogenfreie Therapie, um allen Unterstellungen vorzubeugen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das kann man Ihrer Politik nicht ansehen!)

- Aber, Herr Arentz, Sie wollen das nicht! - Ich weiß aber: Wenn ich Menschen zwei-, dreimal im Programm gehabt habe, kann ich Ihnen gar nicht anders helfen. Ich habe mir das in Holland angesehen; ich wünschte, wir wären in manchem so weit. Sie haben Holland immer als das Eldorado der Drogenabhängigen, der Heroinabhängigen diffamiert. Ich sage Ihnen: Wer sich Möglichkeiten für Menschen verschließt, wer nicht bereit ist, Drogenabhängige als Kranke anzuerkennen, wie es Frau Hasselfeldt tut, wer sich dem verschließt, muß sich auch die Frage gefallen lassen, ob er nicht ein Stück Mitschuld an der hohen Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik trägt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Er muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, daß er nicht bereit ist, etwas gegen die steigende Kriminalität durch diese abhängigen Menschen zu tun.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Heinemann! Herr Arentz wollte Sie noch etwas fragen.

(A)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Bitte! - Wenn ich das noch sagen darf: Diese Frage muß man sich gefallen lassen, und man darf sich nicht wundern, wenn man dann auch Vorwürfe von den Menschen bekommt.

Herr Arentz, lassen Sie mich auch das noch sagen: Vor sechs Jahren waren alle dagegen. In der Frage der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik haben wir eine Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dagegen sind Bayern, Baden-Württemberg, Frau Hasselfeldt und die nordrhein-westfälische CDU. Alle anderen haben ihre Auffassung in dieser Frage den Gegebenheiten angepaßt. Und Sie werden auch in zehn Jahren, befürchte ich, in dieser Frage nicht bereit sein, das Schicksal der Eltern abhängiger Menschen in Ihre Überlegungen einzubeziehen und die Krankheit der Menschen zu akzeptieren.

Unsere Politik muß doch sein, die Situation der Volksgesundheit in den Vordergrund zu stellen. Ihr Abwinken, Herr Arentz, beweist mir, daß Sie daran gar nicht interessiert sind, sonst würden Sie sich hier im Landtag nicht so benehmen.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie diese Frage noch zulassen?

(Minister Heinemann: Ja!)

- Herr Arentz, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Minister, wenn Sie hier ausführen, daß für Sie die drogenfreie Therapie immer im Mittelpunkt gestanden hätte, können Sie uns dann bitte mal erklären, wieso das Land Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zur Einwohnerzahl von allen alten Ländern in der Bundesrepublik die geringste Zahl an Therapieplätzen hat?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Arentz, ich habe Ihnen darüber des öfteren Auskunft gegeben. Ich sage es Ihnen noch einmal, ich hoffe, Sie begreifen es dann.

(C)

Ich habe Jahre mit den Trägern im Gespräch gestanden. Ich habe jahrelang von den Trägern immer wieder gesagt bekommen: Wir brauchen nichts mehr. Die Träger haben sich gegen eine Ausweitung dieser Therapieplätze gestellt, bis ich es leid war und gesagt habe: Jetzt höre ich nicht mehr auf die Träger, sondern ich weise die Plätze aus.

Jetzt sind wir schon einen Schritt weiter. Wir haben dieses Programm "Therapie sofort" in die Welt gesetzt und haben von Ihnen bis heute dazu nur Meckerei hier gehört, wie es auch heute geschieht. Sie stimmen gegen den Haushalt. DIE GRÜNEN und Sie und die F.D.P. stimmen dann auch gegen "Therapie sofort". Das werden wir den Menschen draußen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich nicht immer verstecken, hier eine Schau machen und nach draußen den Eindruck erwecken: Aber wir sind die Besseren. Das Gegenteil ist der Fall, und das Gegenteil werden wir auch draußen sichtbar machen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(D)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Ich hätte noch sehr viel zu sagen, aber lassen Sie mich noch eines sagen. Es ist schon erschreckend, daß die Bundesgesundheitsministerin Sucht, Drogenabhängigkeit nicht als Krankheit anerkennt. Man muß noch Krebs oder Aids dabei haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich habe mit ihr beim Süddeutschen Rundfunk diskutiert, wo sie diese Auffassung vertreten hat. Ich sage, wer so Gesundheitspolitik macht, der geht ein großes Risiko für die Menschen ein.

Ich habe in der Entwicklung der Drogenpolitik - da möchte ich auch politisch Andersdenkende erwähnen, die eine fortschrittliche Auffassung haben - mit Frau Süßmuth manchen Schritt nach vorn getan. Nach Frau Süßmuth kam Frau Lehr. Da ging es rückwärts.

(A) (Minister Heinemann)

Ich hatte gedacht, daß das der Höhepunkt des Rückwärtsganges war. Aber das hat sich noch bei der Politik der Frau Hasselfeldt verstärkt, die auf diesem Gebiet eine derart restriktive Politik betreibt, daß ich mir große Sorgen für viele kranke Menschen in unserem Land mache. Das ist nicht Gesundheitspolitik. Das ist Anti-Gesundheitspolitik, was in Bonn gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Lanfermann, hatten Sie sich gemeldet? Dann ist eine neue Runde eröffnet. Ich darf Herrn Lanfermann für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war schon ein Ausbund an Hilflosigkeit, wenn man das politisch bewerten will, was wir gerade gehört haben. Die andauernden und immer schlimmer werdenden Ausfälle gegen Bonn können ja nicht darüber hinwegtäuschen: Hier ist der Ort, an dem Gesundheits- und Sozialpolitik des Landes diskutiert wird. Hier ist der Ort, wo der Minister auf der Waage steht. Und jetzt sind Sie wirklich zum wiederholten Male, trotz der Schwere Ihrer Angriffe, als zu leicht befunden worden.

(B)

Herr Minister Heinemann, ich weiß nicht, ob das hier wirklich so weitergehen kann. Ich greife jetzt mal jemand anderen heraus und will die Sachen, die Sie gegen mich gesagt haben, gar nicht benennen. Aber wenn Sie zum Beispiel dem Sprecher der CDU-Fraktion hier öffentlich vorwerfen, er sei an der Volksgesundheit überhaupt nicht interessiert, dann weiß ich nicht, wo wir uns hier bewegen - bei aller Schärfe der Auseinandersetzung.

Daß wir hier alle unserem Auftrag nachkommen und vielleicht mit unterschiedlichen Ideen und unterschiedlichen Schwerpunkten sagen, wie die Landespolitik in einem Bereich aussehen soll, ist selbstverständlich. Aber daß Sie dann praktisch dem Kollegen gleich noch unterstellen, das alles interessiere ihn gar nicht, ganz im Gegenteil, es sei ihm sozusagen egal, was mit den Menschen und mit ihrer Gesundheit passiert,

(C)

und dann gleich noch im Nebensatz - das war auch äußerst perfide - sozusagen allen, die nicht Ihre Vorstellungen beim Methadon-Programm teilen, gleich unterschrieben, sie seien jedenfalls für mehr Todesfälle, also für den Tod von Suchtkranken verantwortlich, das ist zuviel. Lesen Sie dann bitte nochmal ganz genau im Protokoll nach, Herr Minister Heinemann, was Sie uns hier zugemutet haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich widerspreche hier ausdrücklich dieser Methode, indem Sie jetzt schon ankündigen, im Lande die Unwahrheit zu sagen. Es haben die Sprecher aller drei Oppositionsfraktionen zu dem Stichwort "Therapie sofort" eindeutig gesagt: Jawohl, das ist einer der möglichen Wege. Wir freuen uns, daß es angenommen wird. Wir würden uns noch mehr freuen, wenn nicht nur jeder siebte einen Platz bekäme. Denn zunächst heißt es dort: Warten sofort. Nur jeder siebte bekommt doch sofort einen Therapieplatz, um mal das, was Sie immer sagen, ins rechte Licht zu rücken.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Aber den Menschen im Saal, die hier zuhören, denen draußen verkaufen zu wollen, wir wären dagegen, nur weil wir gegen den Einzelplan stimmen, ist doch nicht richtig.

(D)

Also, lassen Sie doch das Wedeln mit dem Papier, Herr Kollege Kuschke. Sie sind hier doch gerade schon überführt worden. Es gibt eine GesamtAbstimmung zum Kapitel. Wenn wir mit wesentlichen Punkten nicht einverstanden sind, dann stimmen wir als Opposition gegen dieses Kapitel und gegen diesen Nachtragshaushalt, genauso wie wir gegen den ganzen Landesetat 1992 gestimmt haben und trotzdem natürlich dafür waren, daß bestimmte Projekte im Drogenbereich so durchgeführt werden.

Sie werden doch nicht öffentlich behaupten wollen, wir hätten gegen Drogenmaßnahmen gestimmt, bloß weil wir den Landeshaushalt 1992 abgelehnt haben. Das ist doch wirklich das, was sich Klein-Fritzchen unter Politik vorstellt, daß Sie einer Opposition bei jedem beliebigen Punkt, den Sie sich herausgreifen, vorwerfen können: Da waren die mal wieder gegen

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

ein sinnvolles Projekt, und nur die Kollegen von der SPD sind für die guten Dinge im Lande verantwortlich. So einfach können Sie es sich nicht machen.

Und in dieselbe Ecke gestellt gehört der Kollege Kuschke, der auch wieder einmal nur die Hälfte erzählt hat und mittels der Kunst des Weglassens den falschen Eindruck erwecken wollte, als sei die F.D.P. an gewissen Dingen nicht interessiert.

Herr Kollege Kuschke, ich habe Ihnen bereits aus Anlaß des Landeshaushalts 1992 gesagt: Wir, die F.D.P., werden keine Anträge zum Haushalt stellen, solange Sie schon vorher ankündigen, daß Sie überhaupt nicht mehr zu ernsthaften parlamentarischen Beratungen bereit sind. Sie haben in einem 7-Milliarden-DM-Etat, dem Landeshaushalt 1992, gerade 20 Millionen DM bewegt. 20 Millionen DM haben Sie bewegt! - Das war übrigens weniger, als Herr Heinemann in Bochum mit einem Schlag gegeben hat; diese Bemerkung nur deshalb, damit Sie einmal Ihre Bedeutung hier erkennen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(B)

Und diese 20 Millionen DM, die Sie bewegt haben, die haben Sie vorher in Ihrem Arbeitskreis ausgekündigt - um es einmal ganz deutlich zu sagen -; es hat anschließend niemand mehr auch nur vielleicht 10 000 DM abgegeben. Die Kollegen von der CDU-Fraktion haben noch - gegen besseres Wissens, muß man nach den Erfahrungen der Vorjahre sagen - im Ausschuß für wirklich anerkanntswerte Dinge 10/20 000 DM gefordert, haben fast auf den Knien vor Ihnen gelegen und gefleht: Laßt uns doch einmal darüber sprechen!

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Doch, fast war es so, Kollege Arentz. - Und was haben sie gehört? - Nein; wir können uns nicht bewegen; wir haben uns geeinigt; wir machen nichts mehr. - Es war doch eine Verhöhnung parlamentarischer Arbeit, die bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß stattgefunden hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(C)

Ich spreche für die Kollegen in den anderen Ausschüssen mit, denen es genauso gegangen ist.

Sie sind doch froh und glücklich, wenn Sie als absolute Mehrheit sich untereinander einigen können. Und nun tun Sie doch nicht so, als legten Sie ernsthaft Wert darauf, daß die Kollegen von den Oppositionsfraktionen wirklich am Haushalt mitarbeiteten. Erst wenn diese absolute Mehrheit gebrochen ist, wird es hier wieder zu normalen Haushaltsberatungen kommen - es sei denn, Sie ließen sich freiwillig eines Besseren belehren; Anzeichen aus dem Lande, daß die Menschen mit Ihrer Politik wirklich nicht mehr einverstanden sind, erhalten Sie ja genug.

Meine Damen und Herren, wenn es so ist und wenn ich also hier damals schon abgekündigt habe, daß wir, solange Sie bezüglich der Kollegialität und im Ergebnis so undemokratisch operieren und nicht bereit sind, auf uns zuzugehen, keine Anträge stellen, dann ist es geradezu eine Unverschämtheit, hier zu behaupten, die Tatsache, daß wir keine Anträge für diesen Bereich dieses Nachtragshaushaltes vorgelegt hätten, sei ein Zeichen von Desinteresse. Nein, so ist es nicht, Herr Kollege Kuschke. Und durch dauerndes Wiederholen können Sie diese Behauptung auch nicht zur Wahrheit machen.

(D)

Eines möchte ich noch anmerken. In einem Schlenker haben Sie von Herrn Möllemann gesprochen. - In der Tat: Herr Möllemann scheint mir der einzige zu sein, der früh genug den Mut hatte, in Bonn die Wahrheit zu sagen, was die künftigen Ansprüche angeht. Und ganz klar ist: Bis auf das Begleitpaket der sozialflankierenden Maßnahmen im Rahmen der Novellierung des § 218 wird es in Bonn mit der F.D.P. keine neuen Leistungsgesetze mehr geben. Das ist ganz klar! Die anderen Parteien wissen, daß es so ist.

Ich verstehe nicht, wieso Sie sich hier darüber aufregen können, daß jemand die Wahrheit sagt, wenn man jetzt doch in den Zeitungen nachlesen kann, daß Sie in Ihrer Fraktion den Landes-Offenbarungseid geleistet haben. Sie versuchen es allerdings noch zu umjebeln wie etwa mit dem Entschließungsantrag, in dem Sie sich selbst schon die Persilscheine ausstellen. Nur gilt auch hier in der Landespolitik: Sie haben das Geld schon dreifach ausgegeben. Deswegen können

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

Sie es nicht ausgeben, und deswegen werden Sie Einschnitte vornehmen müssen.

Und von daher: Schauen Sie auf Herrn Möllemann nicht im Zorn, sondern lernen Sie lieber von ihm, wie man Probleme offensiv angeht. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kreutz das Wort.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lanfermann, zum Stichwort "Möllemann" werde ich mich heute jeden Kommentars enthalten. Sonst laufe ich wieder Gefahr, mir eine Rüge einzuhandeln.

Herr Kuschke, Ihre haltlosen Einwände gegen die GRÜNEN-Landtagsfraktion im Zusammenhang mit "Therapie sofort" und die Behauptung, die GRÜNEN wären gegen dieses Projekt gewesen, zeigen nur deutlich, daß Ihrer Fraktion überhaupt nichts mehr einfällt, um dem argumentativen Druck der GRÜNEN-Landtagsfraktion entgegenzutreten. Sie wissen genau, Herr Kuschke, daß es die GRÜNEN-Fraktion war, die im zuständigen Fachausschuß einen Antrag gestellt hat, "Therapie sofort" bedarfsgerecht, nach den bedarfsgerechten Zahlen von Minister Heinemann, zu fördern, und daß es Ihre Fraktion war, die eine Förderung in dieser Höhe nicht für notwendig erachtet hat.

(B)

Wenn Sie es wollen - Sie können es gerne so haben -, dann führen wir hier eine Einzelabstimmung über diesen Antragsbereich durch. Und wir werden selbstverständlich zustimmen. Das ist überhaupt kein Thema. Aber Sie wissen so gut wie ich, daß das ein absolutes Scheingefecht ist.

Herr Arentz, zur Drogenpolitik! Wenn man Ihre Ausführungen zur Drogenpolitik ernst nimmt und daraus Schlußfolgerungen zieht, muß man feststellen, daß Sie offenbar für die Einführung eines strafbewehrten Alkoholverbotes eintreten, was dann dazu führen würde, daß so mancher Politiker aus dem

(C)

Bundestag und auch aus diesem Landtag erhebliche Probleme bekäme, sich entweder im Knast oder möglicherweise sogar wegen Beschaffungskriminalität im Maßregelvollzug wiederfände. Vielleicht wären Sie unter diesen Umständen bereit, sich einer ärztlich kontrollierten Abgabe von Alkohol an Suchtkranke nicht länger zu verschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.] - Weitere Zurufe)

Ich kann mich zu diesem Thema nur den Ausführungen der Zweiten Kammer des Landgerichts Lübeck vollinhaltlich anschließen, die gesagt hat, daß es völlig absurd ist, das Suchtgift Alkohol nicht nur legal zu vertreiben, sondern sogar noch durch Werbemaßnahmen zu fördern, obwohl es 40 000 Alkoholtote pro Jahr gibt, und auf der anderen Seite Cannabisprodukte, die weltweit das unschädlichste Mittel zur Verwirklichung des Grundrechts auf Rausch sind - dabei gibt es weltweit Null Tote -, zu kriminalisieren. Und die Herointoten, Herr Kollege Arentz, sind nicht die Folge der Droge an und für sich, sondern in erster Linie die Folge der Bedingungen, in die heroinsüchtige Menschen durch Illegalität, durch Zwang zur Beschaffungskriminalität, durch die dadurch bedingte soziale Verelendung gezwungen werden. Das sind die Ursachen der Drogentoten und nicht die Droge an sich.

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Haak [SPD]: Das habe ich noch nie gehört! - Weitere Zurufe)

- Das haben Sie noch nie gehört? Dann lesen Sie sich einmal durch, was der Vorsitzende Richter der Zweiten Strafkammer Lübeck dazu ausgeführt hat.

(Erregte Zurufe)

Das Bundesverfassungsgericht wird sicher Gelegenheit haben, sich zu diesem Thema zu äußern.

(Erneut zahlreiche Zurufe)

Herr Minister Heinemann, was Sie zur Asylpolitik geäußert haben, will ich jetzt nicht mehr ausführlich kommentieren, sondern will Ihnen nur noch einmal sagen, daß ich weiß, daß sich sehr vielen Mitgliedern

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Ihrer eigenen Partei und ganzen Unterbezirksverbänden der Magen umdreht bei dem Tempo, mit dem Sie sich in der Asylpolitik vor den Karren der CDU spannen lassen.

Diese Linie, mit der Sie den Wettlauf mit Herrn Linssen und Herrn Arentz angetreten haben, ist sachlich unbegründet und unsinnig. Das wissen Sie. Sie konstruieren wie die CDU Scheinlösungen und Scheinprobleme, um die tatsächlichen Schwierigkeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend auf den Nägeln brennen, aus der Wahrnehmung zu drücken. Das muß man Ihnen zu diesem Thema noch einmal sagen.

Meine Damen und Herren, die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen an diese Nachtragshaushaltsdiskussion war doch, daß mit diesem Nachtragshaushalt jetzt eine Kurskorrektur kommt, die darauf abzielt, daß wenigstens das wieder einlösbar wird, was die Landesregierung mit der Formel des berühmten sozialen Gewissens selber für sich beansprucht, daß die Landesregierung ihre eigenen Ansprüche wenigstens wieder einlösbar macht.

Es wäre dabei vor allen Dingen an folgende Bereiche zu denken:

(B)

- Einstieg in glaubwürdige Maßnahmen zur Behebung des Unterrichtsausfalls an den Schulen
- Einstieg in eine Kindergartenförderung, die die sich vielerorts ankündigenden Zusammenbrüche bei den Einrichtungen auffangen könnte
- Ausstieg aus dem Rückzug des Landes aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der die Folgen der ABM-Kürzungen aus Bonn in Nordrhein-Westfalen noch verschlimmert
- Abkehr von der Verschlechterung der Lage der Kommunen bei der Versorgung von Asylsuchenden, die zu erheblichen Problemen sowie zu rechtswidrigen Machenschaften auf kommunaler Ebene aus Gründen der Finanznot geführt hat.

Das wären zum Beispiel Punkte, mit denen in diesem Nachtragshaushalt Signale für eine Kurskorrektur dringend hätten gesetzt werden müssen. Aber davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Bürgerinnen draußen im Lande haben zunehmend weniger

(C)

Verständnis dafür, daß mit diesem Nachtragshaushalt die Reise in eingefahrenen Unglücksgleisen fortgesetzt wird, die in vielen Bereichen schon Notstände verursacht hat, gegen die sich die Bevölkerung mittlerweile mit Massenprotesten und Demonstrationen zur Wehr setzen muß.

Dazu gehört auch die Asylpolitik, für die nach den 110 Millionen DM für Sammellager jetzt noch einmal eine Verpflichtungsermächtigung von 45 Millionen DM draufkommt. Das ist Geld, das nicht für Flüchtlinge, für Asylsuchende ausgegeben wird, sondern gegen Flüchtlinge und gegen Asylsuchende, zu Deklassierungszwecken, zum Zwecke der Abschreckung derer, die morgen vielleicht aus Bürgerkriegs- und Kriegsgebieten wie Kurdistan oder Jugoslawien noch kommen werden, eingesetzt wird.

Sie wissen, daß es in meiner Heimatstadt Köln schon mehrfach spontane Demonstrationen mit mehreren tausend bzw. zehntausend Menschen gegeben hat, die sich gegen diese Asylpolitik - auch dieser Landesregierung - gewandt haben, weil sie dann eine Verstärkung der Tendenzen zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sehen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, daß in den dringenden sozialen Bedarfsländern das Geld fehlt, angeblich kein Geld da sein soll, während weiterhin für unsinnigen und ökologisch unverträglichen Straßenneubau sowie für Wirtschaftssubventionen Millionen zum Fenster herausgeworfen werden.

(D)

Außerdem müssen sie in der Presse noch lesen, daß die Landesregierung Steuerausfälle in enormen Millio-nenhöhen durch die fortgesetzte Toleration eines Vollzugsdefizits im Bereich der Unternehmenssteuern einfach wegsteckt und ein Zwei-Klassen-Steuerrecht in Nordrhein-Westfalen zu Lasten der Lohn- und GehaltsempfängerInnen toleriert. Die Landesregierung verzichtet ganz bewußt darauf, die Einnahmenseite ihres Haushalts zu verbessern und materielle Mittel für die Einlösung ihrer eigenen sozialpolitischen Ansprüche zusätzlich zu mobilisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Kreutz | GRÜNE)

Dieses Bild, das wir schon beim Landeshaushalt hatten, setzt sich mit diesem Nachtragshaushalt ungebrochen fort. Man muß ja als Bürgerin oder Bürger zunehmend Angst bekommen, weil die Diskussion der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen und dieser Landesregierung über neue Haushalte immer gleich den Charakter von Bedrohung hat.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kreutz, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Ich will das insgesamt einmal so kommentieren: Wenn ich bloß die Interessen meiner eigenen Partei im Blick auf die nächste Landtagswahl im Auge hätte und mir es nicht um die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande ginge, könnte ich angesichts dessen, was Sie mit diesem Nachtragshaushalt veranstalten, nur sagen: Danke schön SPD!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Henning [SPD]: Abdanken!)

(B) Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kreutz. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Arentz!

(Zuruf von der SPD: Der kommt auch aus Köln!)

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Herr Minister hier eben geboten hat, war keine Rede, sondern eine schlichte Aneinanderreihung von Unverschämtheiten, Tiefschlägen und Gemeinheiten.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister, nach dem heutigen Morgen und sonstigen Auftritten von Ihnen hätte ich eigentlich nicht erwartet, daß Sie das noch steigern könnten. Sie haben sich heute aber wirklich den Ehrentitel "Rumpelstilzchen des Monats" verdient.

(Minister Matthiesen: Was?)

(C)

- "Rumpelstilzchen des Monats", Herr Matthiesen. Sie müßten doch wissen, was das ist; Sie waren es doch im letzten Monat!

Nun zur Sache, Herr Heinemann: Sie haben behauptet, Sie könnten beim Thema Asyl gar nichts tun. Der Bund wäre alles schuld.

Wir wollen doch einmal fragen, wer in Bonn verhindert, daß das wichtigste Problem, nämlich die Ergänzung des Artikels 16 GG, gelöst wird.

(Beifall bei der CDU - Ob-Rufe bei der SPD)

Das sind die gleichen Sozialdemokraten, die sich als Bürgermeister und Oberbürgermeister vor Ort hinstellen und Volkes Stimme vertreten und eine Änderung fordern. Es sind die gleichen Sozialdemokraten, die hier sagen, der Bund tue nichts, er müsse endlich etwas tun. Die gleichen Sozialdemokraten verhindern in Bonn, daß wir endlich die einzige Lösungsmöglichkeit schaffen, nämlich durch eine Änderung des Artikels 16 GG die ungeheure Zugangsproblematik zu beeinflussen, weil sonst auch eine Personalaufstockung in Zimndorf die Probleme nicht lösen kann.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Wer so handelt, Herr Heinemann, und dann von "Schlampereien in Zimndorf" spricht, obwohl die SPD die politische Verantwortung dafür hat, daß jedes Jahr Hunderttausende hierhin kommen und nicht in einem schnellen Verfahren abgewiesen werden können, der handelt schlicht und ergreifend unredlich!

(Beifall bei der CDU)

Und unredlich bis auf die Knochen ist es auch, Herr Heinemann, wenn Sie hier so tun, als wenn Sie in Nordrhein-Westfalen kein Handlungsinstrumentarium hätten. Sie könnten sehr wohl das gleiche tun, wie es in Schleswig-Holstein getan wird, und dafür sorgen, daß auch in allen Kreisen des Landes ein Zählappell für Asylbewerber durchgeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn in Schleswig-Holstein bei Herrn Engholm - aber der steht ja vor Wahlen; möglicherweise regie-

(A) (Arentz [CDU])

ren die Sozis anders, wenn Wahlen vor der Tür stehen;

(Beifall bei der CDU)

vielleicht ist das die Erklärung für das unterschiedliche Handeln -, wenn also in Schleswig-Holstein bei Herrn Engholm ein Zählappell durchgeführt wird und das Ergebnis ist, daß 10 % Asylbewerber bei den Sozialämtern doppelt und dreifach gemeldet sind, daß also dem Bürger für mindestens 10 % das Geld umsonst aus der Tasche gezogen worden ist, dann ist es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Landesregierung auch in Nordrhein-Westfalen, diesen vermutlichen Mißbrauch der Sozialhilfe in unserem Lande zu bekämpfen.

Daß Sie dazu nicht bereit sind, zeigt, daß Sie entweder die Liebedienerei vor den Linken in Ihrer eigenen Fraktion machen müssen

(Beifall bei der CDU)

oder daß Sie aus anderen Gründen kein Interesse daran haben, den Mißbrauch zu bekämpfen.

(B)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Was denn für Linke?)

Nächster Punkt! Das Oberverwaltungsgericht Münster, Herr Heinemann, hat uns allen bestätigt, daß die Regelleistung der Sozialhilfe für Asylbewerber die Sachleistung sein muß. Sie weigern sich, Herr Heinemann - -

(Minister Heinemann spricht mit Minister Matthiesen. - Zuruf von der CDU: Matthiesen stört!)

- Herr Matthiesen stört immer, aber jetzt besonders!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie weigern sich, Herr Heinemann, in den Kommunen durchzusetzen, was das OVG Münster als Recht gesprochen hat. Das ist im Grunde Rechtsverweigerung durch die Landesregierung, indem ein Urteil des obersten Gerichts hier im Lande Nordrhein-Westfalen nicht durchgezogen wird.

(C)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber nur "im Grunde"!)

Nächster Punkt! Sie weigern sich, Herr Heinemann, den Kommunen nahezu legen, Asylbewerber, die dazu aufgrund ihres Familienstandes oder ihrer Gesundheit in der Lage sind, zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Warum denn eigentlich? Wer hier Schutz findet, wer hier Sozialhilfe bekommt, der kann auch als ein Stück Gegenleistung von Solidarität gemeinnützige Arbeit hier in unserem Lande leisten!

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann, bei der Beschleunigung der Verfahren spielen Sie "toter Mann". Es passiert nichts in Nordrhein-Westfalen! Und Vollziehung von Abschiebung findet in Nordrhein-Westfalen so gut wie nicht statt.

Auf der ganzen Linie beim Asylverfahren haben Sie hier in Nordrhein-Westfalen versagt, und Sie versuchen, das dadurch zu kaschieren, daß Sie sagen, Bonn wäre alles schuld. So billig kommen Sie hier nicht durch!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

(D)

Nächster Punkt: Drogen! Herr Kollege Kuschke hat hier das Modell "Therapie sofort" als etwas ganz Sensationelles gewürdigt. Meine Damen und Herren, es ist eigentlich ein Trauerspiel, wenn wir hier darüber sprechen müssen, daß "Therapie sofort" etwas Außergewöhnliches sei. "Therapie sofort" muß doch eine Mindestanforderung an staatliches Handeln für entzugswillige Drogenabhängige sein.

(Beifall bei der CDU)

Wie verquer die Politik des Herrn Heinemann ist, kann man doch daran erkennen, daß etwas Selbstverständliches - daß nämlich für entzugswillige Drogenabhängige Therapieplätze zur Verfügung stehen - in Nordrhein-Westfalen als etwas ganz Besonderes gefeiert wird. Das normalerweise zu Erwartende wird bei dieser Landesregierung zum Besonderen.

(A) (Arentz [CDU])

Nächster Punkt, Herr Kuschke! Sie haben sich wortreich dagegen gewehrt, daß hier Junkies und alte Menschen gegeneinander ausgespielt werden, und Ihre Fraktion hat Beifall dazu geklatscht. Tatsache ist, daß diese Landesregierung, indem sie Mittel aus dem Bau von Altenwohnheimen, wo wir Wartefristen von sechs, sieben und acht Jahren bei den Trägern haben, herauszieht, um es in die Therapieeinrichtungen zu stecken, und daß Sie dieses böse Spiel des "Spaltens statt Veröhnens" zwischen Menschen, die es schwer genug haben, hier in Nordrhein-Westfalen betreiben!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sollte es nicht einen Schwerpunkt "Altenpolitik" der SPD geben?)

Nächster Punkt, Herr Heinemann! Sie haben hier in einer zynischen Art und Weise Frau Hasselfeldt die Mitschuld am Tod von Drogenabhängigen gegeben,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was? Das ist ja eine Unverschämtheit!)

und zwar deshalb, weil sich Frau Hasselfeldt weigert - ich sage es jetzt einmal schlicht und ergreifend -, Ihre unverantwortliche Legalisierungs- und Liberalisierungspolitik im Drogenbereich mitzumachen. Das steckt nämlich dahinter!

(B)

Wir müssen hier einmal sehr grundsätzlich darüber diskutieren, ob es richtig sein kann, die Schwelle zum Drogenkonsum immer niedriger zu setzen, mit einem massenweisen Methadon-Programm den Eindruck zu erwecken, es gäbe ein Medikament gegen Drogenabhängigkeit, und damit die Schwelle noch niedriger anzusetzen. Und das in einem Land, meine Damen und Herren, das im Gegensatz zu den verbalen Bekundungen des Ministers, wie wichtig ihm die drogenfreie Therapie sei, in Wirklichkeit bei der Errichtung von Therapieplätzen das Schlußlicht aller Bundesländer in der ganzen Bundesrepublik Deutschland ist!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist schon ein Unding, wenn bei 40 000 oder 50 000 Drogenabhängigen ganze 500 Therapieplätze vorhanden sind - für hundert Abhängige ein Therapieplatz, 29 Nachsorgeplätze für ganz Nordrhein-West-

(C)

falen! "Therapie sofort", gerade gestartet, schon massenhaft überlaufen! Herr Heinemann, Ihre ganze Ideologie, die Abhängigen seien nicht bereit, eine Therapie anzunehmen, und deshalb müßten Sie mit Methadon das Problem lösen, ist mit dem revolutionären Erfolg des Modellprogramms "Therapie sofort" zusammengebrochen.

Kehren Sie endlich um in Ihrer Drogenpolitik, und gehen Sie mit uns den Weg, Prävention zu stärken, niederschwellige Angebote auszubauen, Entgiftung überall anzubieten und jedem entzugswilligen Drogenabhängigen sofort einen Therapieplatz in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Jetzt wollen wir mal hören!)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz und andere, wenn Sie schon dabei sind, Namen aus dem Bereich von Märchen, Sagen und Fabeln zu verteilen: Herr Kollege Arentz, auf Sie würde am besten "Das Heintzelmännchen aus Köln" passen.

(D)

(Lachen bei der CDU)

Und wissen Sie, was ich am schönsten bei dem Märchen finde? Von einem bestimmten Tage an war dieses Heintzelmännchen nicht mehr zu sehen. Ich hoffe, das wird auch bald der Fall sein, Herr Kollege Arentz.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben hier noch einmal die Frage aufgegriffen, was denn die größte sozialpolitische Herausforderung im Augenblick im Land und in der Bundesrepublik ist. Damit will ich ein Thema aufgreifen, das Sie hier möglicherweise bewußt heute nicht angesprochen haben, weil es Ihnen nicht in den Kram paßt: Meine

(A) (Kuschke [SPD])

Damen und Herren, die größte sozialpolitische Herausforderung bleibt nach wie vor die Einführung einer Pflegeversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja interessant gewesen festzustellen, daß Herr Kohl auf Ihrem Landesparteitag zwar davon gesprochen hat, daß sie kommen würde, aber es war nichts darüber zu hören, erstens wann sie kommt und zweitens in welcher Form sie kommen wird. Herr Kollege Arentz, machen wir uns doch nichts vor: Es ist doch mittlerweile ein Geheimnis aus dem Nähkästchen, daß Sie in Ihren CDA-Gremien große Probleme haben, Ihren eigenen Mitgliedern überhaupt vermitteln zu können, daß es die Pflegeversicherung nicht gibt. Und wenn sich jemand an alten Menschen im Lande versündigt, Herr Kollege Arentz, dann ist es diese Regierung in Bonn, die es bis zum heutigen Tage noch nicht geschafft hat, eine Pflegeversicherung einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Kuschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Linssen?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein, das wird uns nicht weiterhelfen.

(Zuruf des Abgeordneten von Unger [CDU])

Herr Kollege Lanfermann, daß das in Sachen Pflegeversicherung ganz in Ihrem Sinne läuft - nun ist er gerade nicht da, aber dann sage ich es den übrigen Mitgliedern der F.D.P.; Entschuldigung Herr Kollege! -, ist ja klar. Aber ich komme noch einmal auf Ihren verehrten Freund Herrn Möllemann zurück.

Das Problem ist doch nicht, daß Herr Möllemann festgestellt hat, wie die Situation der Staatsfinanzen ist. Dazu sage ich im übrigen - und das hat Herr Professor Farthmann hier an anderer Stelle auch getan -: Da gibt es einen anderen Herrn in Ihrer Partei, nämlich den Grafen Lambsdorff, der das sehr lange zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wie wir finden, auch

(C)

richtigerweise getan hat. Nur der entscheidende Punkt ist doch: Was mache ich nach einer solchen Feststellung?

Wir sagen: Den Weg, den Sie vorschlagen, nämlich das zur Konsolidierung der Staatsfinanzen Benötigte aus dem sozialen Fleisch herauszuschneiden.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

gehen wir nicht mit.

(Zuruf des Abgeordneten Reichel [F.D.P.] )

- Die Vorschläge hat der Finanzminister vor einigen Tagen an dieser Stelle gemacht. Ich denke, er wird sie, wie ich ihn kenne, bei der dritten Lesung des Haushaltes hier auch wiederholen.

Herr Kollege Lanfermann, ich komme noch einmal auf Ihren Gestaltungswillen im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales zurück. Zu dem, was Sie hier ausgebreitet haben, sind uns ja die Tränen gekommen: Sie würden sich nicht an der Arbeit beteiligen und würden keine Anträge mehr erarbeiten. Das wäre ja alles so schlimm. Die SPD hätte ja auch Anträge.

(D)

Im übrigen hat Herrn Arentz das Bild, er würde vor uns auf den Knien liegen, tief getroffen. Jetzt hat er Angst, daß die Parteifreunde erfahren, wie er im Ausschuß reagiert. Aber das lassen wir einmal. Vielleicht können wir das gemeinsam richtigstellen.

Der Punkt ist doch: Sie, Herr Lanfermann, haben bislang in dieser Legislaturperiode überhaupt noch keinen einzigen wegweisenden sozialpolitischen Vorschlag in diesem Ausschuß gemacht. Im Gegenteil: Ihre Arbeit zeichnet sich nur durch Destruktion aus.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Nun komme ich noch einmal zu dem Punkt "Therapie sofort" und dem, was im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt worden ist, zurück.

(A) (Kuschke [SPD])

Herr Kollege Kreutz, ich bestreite doch überhaupt nicht, daß Sie hier nachher auch etwas unternehmen werden, um deutlich zu machen, daß Sie "Therapie sofort" unterstützen. Nur, Ihr großes Problem ist doch, daß der Welt größter Haushälter mit mittlerweile opportunistischen Zügen, wie die "taz" es dargestellt hat, nämlich Ihr Kollege Busch, es verpennt hat, im Haushalts- und Finanzausschuß den entsprechenden Antrag auf Einzelabstimmung zu stellen. Wahrscheinlich ist es bei dem großen verehrten Sauerländer, Herrn Schauerte, genauso gelaufen. Machen Sie das mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß aus. Aber beschimpfen Sie uns nicht!

Präsidentin Friebe: Darf ich Sie noch einmal fragen, Herr Abgeordneter: Lassen Sie - für Ihre Redezeit - Zwischenfragen zu?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein. - Herr Kollege Kreutz, ich komme zu dem Bereich Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dazu gibt es zwischen uns ja keinen Dissens in der Bewertung dessen, was die Bundesregierung aufs Gleis gebracht hat.

(B) Herr Arentz hat sich hier hingestellt, unter dem Beifall seiner Fraktion, und gesagt: Im Grunde genommen wäre das gar nicht so schlimm, im übrigen müßten wir das alles abgeben an die neuen Bundesländer, und es wäre ganz schlimm, daß von dem, was da noch übrig bleibe, sich die Kommunen das meiste einheimen würden. Damit haben Sie 24 Stunden auch Erfolg gehabt, Herr Kollege Arentz.

Nur was passiert denn jetzt? - Ihre Parteifreunde vor Ort in den Kommunen merken mittlerweile, was dort passiert. Ihre Freunde in den Wohlfahrtsverbänden merken, was passiert. Es finden Veranstaltungen statt von der Evangelischen Diakonie und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, zu denen wir eingeladen werden - ich erscheine übrigens als einziger, von Ihrer Fraktion niemand, Herr Kollege Arentz -, in denen Sie sich eigentlich für das, was dort passiert, rechtfertigen müßten.

Es fallen jetzt schon in erheblichem Umfang Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus, die sozial sinnvoll und

(C)

notwendig wären und die uns in die Lage versetzen würden, Menschen die Chance zu geben, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen. Sie haben nicht den Mut und nicht die moralische Kraft, sich in Bonn darüber zu beklagen und zu beschweren. Das ist Ihr großes Handikap als CDU Nordrhein-Westfalen, und aus diesem Dilemma kommen Sie nicht heraus. Das werden wir den Menschen draußen im Lande auch weiterhin deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, dann kommen wir noch einmal zu der Frage: alte Menschen und Junkies. Ich bleibe dabei: Sie versuchen hier bewußt zu spalten!

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist ein böses Spiel, das Sie hier machen!)

Die Problematik, daß sie sechs, sieben Jahre Wartezeiten haben, gibt es doch längst nicht mehr. Entweder Sie wollen es nicht wahrhaben, oder Sie halten sich nicht mehr ausreichend genug vor Ort auf, um zu wissen, daß der Landesaltenplan, den die Landesregierung vor zwei Jahren verabschiedet hat, uns aus dieser Misere schon längst herausgebracht hat. Wenn die SPD-Fraktion gesagt hat, wir seien in der Lage, aus diesem Volumen von über 100 Millionen DM 2 Millionen DM herauszunehmen, dann deshalb, Herr Kollege Arentz - und dem müssen Sie gemeinsam mit uns auch einmal nachgeben -, weil die entsprechenden Bauträger diese Einrichtungen nicht so zügig errichten, wie uns das eigentlich vorschwebt, und der Mittelabfluß leider Gottes nicht so schnell ist. Vielleicht reden Sie einmal mit den Freunden von der Caritas, wir reden einmal mit den Freunden von der Arbeiterwohlfahrt, und wir reden dann gemeinsam mit Herrn Kreutz mit den Freundinnen und Freunden vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Vielleicht kommt das dann etwas schneller auf den Weg.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Herr Kollege Arentz, lassen Sie sich dann einmal eines gesagt sein: Markenzeichen der Drogenpolitik Nordrhein-Westfalen ist Vielfaltigkeit und Differenziertheit, das heißt sowohl die drogenfreie Therapie und die von Ihnen angemahnte Niedrigschwelligkeit als auch ein neues Verständnis von Prävention und

(A) (Kuschke [SPD])

Prophylaxe in der Drogenarbeit, aber natürlich auch die Ausweitung des Methadon-Erprobungsvorhabens.

Ich kann nur Herrn Minister Heinemann zustimmen: Mir fehlen die Worte, mir fällt nichts anderes ein, als zu sagen: Da ist Frau Hasselfeldt wirklich an Dummheit nicht zu überbieten, daß sie diesen Weg nicht mitgeht. Es ist in der Tat so, daß, um es einmal so zu formulieren, nur noch Frau Hasselfeldt, Bayern, die CDU in Nordrhein-Westfalen und vielleicht Albanien gegen diesen Weg sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie wissen, was damit gemeint ist.

Herr Kollege Kreutz, Sie haben vorhin gefragt, was denn diese Debatte bringen solle. Ich denke, Sie hat doch etwas deutlich gemacht - ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe -, nämlich daß die Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion durchaus in der Lage sind, trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen notwendige sozialpolitische Herausforderungen anzunehmen und auszufüllen. Das haben wir bei der Drogenpolitik exemplarisch und bisher mit Erfolg dargestellt. Wir werden diesen Weg weitergehen. - Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kuschke, lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung zu Ihrem Vorschlag machen, die CDU möge mit den Freunden der Caritas reden. Seitdem die CDU vor Jahren selbst die Caritas und die Kirchen in die Pfanne gehauen hat, um mich zu treffen, hat sie dort nicht mehr viele Freunde. Und das ist heute immer noch so. Das müssen wir schon tun.

(Zurufe von der CDU)

(C)

- Das ist so. Sie dürfen sich nicht über Ihre eigenen Fehler beschweren.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Bemerkungen zu Ihnen, Herr Lanfermann, machen. Auch heute ist von Ihnen wieder der Beweis erbracht worden, daß Ihre Partei die Partei der sozialen Kälte ist, mit der ich nie gemeinsam regieren möchte, weil sich immer wieder Welten zwischen Ihnen und mir auf tun würden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linsen [CDU]: Dann sind Sie lange in Pension! - Zuruf von der F.D.P.)

- Es ist ja Ihr größter Kummer, daß Sie nicht mitregieren; mitzuregieren versuchen Sie ja seit Bestehen der Bundesrepublik und sind ärgerlich, wenn man einmal ein Jahr oder eine Legislaturperiode über Sie hinweggeht,

(Zuruf von der SPD)

hier Gott sei Dank länger; die Menschen im Lande sind ja sehr klug.

Sie versuchen mit fadenscheinigen Ausreden Ihre falsche Politik darzustellen. Herr Lanfermann, zwischen dem Innenminister und mir bestehen in der Frage der Drogenpolitik keine Meinungsverschiedenheiten.

(D)

(Abgeordneter Dreyer [CDU]: Na, na!)

Wenn wir auf diesem Gebiet, Herr Dreyer, Gesetzgebungskompetenz hätten, wären wir ein ganzes Stück weiter.

Ich möchte daran erinnern, daß wir im Jahre 1990 einvernehmlich - ohne Gegenstimmen der Landesgesundheitsminister - eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eingebracht haben. Von 1990 bis heute hat die Bundesregierung alles in die Schublade gelegt und nichts bewegt.

(Abgeordneter Dreyer [CDU]: Wir wollen Hilfe statt Strafe!)

(A) (Minister Heinemann)

So werden wir keinen Schritt weiterkommen. So wird das Land immer wieder auf die Situation der 70er und 80er Jahre zurückgeworfen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Ich sage Ihnen noch einmal: Nach dem Ausscheiden von Frau Süßmuth - ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihr Verhalten in dieser Frage mitentscheidend dafür war, daß sie ihr Ministeramt aufgeben mußte - hat sich in der Bundesregierung alles rückwärts entwickelt. Herr Arentz, das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Nein!)

Wenn Ihnen bei Ihren Diskussionsbeiträgen einige Ihrer Parteifreunde noch Beifall spenden, tun sie das entweder wider besseren Wissens oder aus Pflicht, obwohl sie genau wissen, daß das, was Sie hier erzählen, nicht den Tatsachen entspricht.

Herr Lanfermann, das schlechteste Beispiel, das ich heute in der Debatte hier im Landtag gehört habe, war der Versuch, Ihren Herrn Möllemann herauszustellen, indem Sie sagten, er sei der einzige, der die Situation in Bonn erkannt habe. Er ist aber auch der einzige, der in den Haushaltsberatungen versprochen hat, 10 Milliarden DM Subventionen einzusparen und zurückzutreten, wenn das nicht gelinge. Die 10 Milliarden DM sind nicht eingespart worden. Herr Möllemann ist der Minister, der am ehesten vergißt, welche Zusagen er gemacht hat.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Er ist nicht zurückgetreten. Er ist ein Minister, der ankündigt und nichts tut. Aber das ist ja nun in der Bevölkerung bekannt und nichts Neues; insofern brauchen wir uns mit dem Verhalten des Herrn Möllemann hier nicht lange aufzuhalten.

Herr Arentz, ich will die Art der Auseinandersetzung, die Sie betreiben, nicht fortsetzen.

(Lachen bei der CDU)

(C)

Sie haben versucht, eine bildhafte Darstellung meiner Person aufzuzeigen. Ich tue das nicht und will Ihnen auch sagen, warum: weil ich, wenn ich meine Meinung über Sie sage, nicht weiß, ob mich die Präsidentin rügt, und dieses Risiko gehe ich nicht ein.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Arentz [CDU]: Versuchen Sie es doch einmal!)

- Nein, Herr Arentz, ich tue es nicht; Sie können mich nicht provozieren.

Präsidentin Friebe: Das empfehle ich auch.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Sie schieben wieder die Bonner Szene in den Vordergrund der heutigen Auseinandersetzung und wollen den Eindruck erwecken, als trügen Sozialdemokraten die Verantwortung dafür, daß es nicht weitergeht. Das ist eine der Falschdarstellungen, von denen Sie so viele vorgetragen haben.

Sie wissen wie ich, daß uns die Änderung des Artikels 16 GG keinen Schritt weiterbringt. Sie wissen wie ich, daß wir, wenn überhaupt, die Schritte brauchen, die unter den Parteien vereinbart worden sind.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen wie ich, daß es notwendig ist, eine europäische Regelung zu erreichen. Darum aber kümmert sich Bonn nicht; vielmehr wird immer nur die Frage des Artikels 16 diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe schon einmal gesagt: Wenn wir Artikel 16 einmal ein halbes Jahr außer Kraft setzen könnten, wäre ich dafür; denn in diesem halben Jahr wären Sie überführt, daß Sie den Leuten etwas Falsches erzählen und von Ihren Schwächen ablenken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung ist nicht einmal in der Lage, das vereinbarte Verfahren zeitgerecht durchzuführen.

(A) (Minister Heinemann)

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Ich war dabei, als Herr Schäuble und auch der Bundesjustizminister, der der F.D.P. angehört, versprochen haben, ab 1. Januar 1992 werde das neue Verfahren in Gang gesetzt; das sei kein Problem, man werde bis dahin die Gesetze schaffen.

Dann ist man auf den 1. April gegangen. Jetzt geht man auf den 1. Juli. Und in den letzten Tagen mußte man hören, daß man vermutlich selbst zum 1. Juli nicht zurechtkommt. Hier liegen die Schwächen, hier liegt Ihr Unvermögen, von dem Sie immer wieder ablenken wollen.

Dann kommen Sie mit Schleswig-Holstein. Das haben Sie schon dreimal versucht. Aber Sie wissen, daß Schleswig-Holstein eine andere Verfassung als Nordrhein-Westfalen hat. Sie wissen, daß ich die Kommunen nicht zwingen kann. Sie wissen, daß ich mit den Kommunen und den Spitzenverbänden Gespräche vielfacher Art geführt habe

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(B) und ihnen meine Auffassung vorgetragen habe, sie müßten entsprechend handeln. Sie wissen, daß ich es war, der den Kommunen empfohlen hat, Sachleistungen einzuführen. Und ich sage Ihnen: Ich halte eine noch bessere Regelung für durchsetzungsnotwendig. Ich glaube, daß das Kontenblattverfahren, eine Regelung des Ennepe-Ruhr-Kreises, der erfolgreichste Weg ist, für den ich mich auch einsetzen werde.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: "Erfolgreiche" Diskriminierung von Menschen!)

- Zu Ihnen, Herr Appel, komme ich, wenn mir Zeit dafür bleibt, auch noch.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Paus zulassen.

(Minister Heinemann: Wenn Sie mir, Frau Präsidentin, die Zeit der Fragestellung und der Antwort nicht anrechnen; sonst kann ich es nicht!)

(C)

- Ich kann nicht beurteilen, wie lange Ihre Antwort dauert.

(Minister Heinemann: Und der Antwort!)

Herr Paus, bitte.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Arbeits- und Sozialminister, Sie kritisieren den Bund wegen der Verzögerungen im Verfahren der Gesetzgebung für das Beschleunigungsverfahren, und Sie kritisieren den Bund wegen der Tatsache, daß die Auswertung der ED-Behandlungs-Unterlagen nicht rechtzeitig erfolge.

Frage, Herr Minister: Ist Ihnen bekannt, daß der Bundesinnenminister und auch die Mitglieder der F.D.P.- und der CDU-Fraktion im Bundestag lange mit den Parlamentariern der SPD-Fraktion und anschließend auch mit Vertretern der Länder in den Monaten Januar und Februar 1992 gerungen haben, um zu einem Kompromiß in allen Einzelheiten für das Beschleunigungsverfahren zu kommen?

Ist Ihnen, Herr Arbeits- und Sozialminister - dies als letzten Satz! - bekannt, daß hier in Nordrhein-Westfalen Sie immer die ED-Behandlung generell aller Asylbewerber gefordert haben, während der Minister für Inneres noch immer behauptet, daß sie gar nicht zulässig sei?

(D)

(Zuruf von den GRÜNEN)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Kollege, Ihnen kann ich sagen, daß seit langem eine Verständigung zwischen der Verhandlungsgruppe der Sozialdemokraten und der anderen Parteien außer den GRÜNEN besteht und daß man trotz dieser Verständigung und trotz dieser Vereinbarung heute keinen Schritt weitergekommen ist. Das sollten Sie endlich auch einmal zur Kenntnis nehmen. Dann würden Sie diese Fragen nicht stellen.

Um hier noch einmal zu Ihnen, Herr Arentz, zu kommen: Sie haben die "Therapie sofort" hier kritisiert.

(A) (Minister Heinemann)

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold]  
[CDU])

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Land in der Bundesrepublik, das diesen Weg der "Therapie so fort" geht -

(Beifall bei der SPD)

das einzige Land in der Bundesrepublik! Nirgendwo ist man den Weg gegangen, der ja von Fachleuten bis dahin immer noch als ein falscher Weg bezeichnet wurde und von dem keiner geglaubt hat, er werde von Erfolg sein.

Ich sage Ihnen, wenn wir die Vorstellungen der Frau Hasselfeldt zu unseren Vorstellungen machten, gingen wir einen Schritt zurück - zu Lasten kranker Menschen. Ein Gesundheitsminister hat aber die Aufgabe, für kranke Menschen und nicht gegen sie Politik zu betreiben, wie es derzeit im Bundesgesundheitsministerium geschieht.

(Beifall bei der SPD)

(B) Herr Appel, nun zu Ihren Zwischenrufen und zu dem letzten, was Sie und was Herr Kreuzt hier gesagt haben!

Ihre Politik wird die Möglichkeit der Asylgewährung für Menschen, die wegen ihrer politischen oder religiösen Auffassung in ihren Ländern gefoltert und um ihre Freiheit gebracht werden, die ihr Leben verlieren, die Politik zugunsten dieser Menschen behindern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir einen solchen Weg weitergehen, wie er sich derzeit bietet, werden wir die Akzeptanz zum Asylrecht in der Bevölkerung von Monat zu Monat weiter verlieren.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Durch Ihre Reden hier!)

Wir werden von Monat zu Monat feststellen, daß es immer schwerer wird, sich für diese Menschen einzusetzen.

(C)

Ich sage Ihnen: Man kann Mißbräuche nicht - so wie Sie es getan haben - auf die leichte Schulter nehmen.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Tun wir nicht!)

- Nun hören Sie zu; ich habe Ihnen auch zugehört!

Wenn ich irgendwo in der Zeitung lese, daß Fünffach- und Achtfachbezüge festgestellt worden sind, dann geht das im ganzen Land durch die Presse, und es wird für uns immer schwieriger, uns für die Menschen aus anderen Ländern einzusetzen. Deshalb müssen wir alles tun, das zu verhindern. Deshalb muß unsere Politik so angelegt sein, daß das nicht immer wieder den Menschen eingehämmert wird, was diese zu Reaktionen führt, die gegen die Interessen der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande sind, die gegen die Menschen sind, die in unserem Lande Zuflucht suchen.

Ich sage Ihnen: Solange ein Mensch bei uns ist, ob berechtigt oder unberechtigt - in bezug auf Asyl -, müssen wir diesen Menschen in unserem Lande auch menschlich behandeln. Ich sage weiter: Diejenigen, die kein Recht auf Asyl haben, müssen sehr schnell wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, weil es auch humaner ist, sie nach wenigen Wochen als nach sieben, acht oder neun Jahren nach Hause zu schicken, wo unsere Verfahren, unser System ja - -

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] - Zurufe von den GRÜNEN)

- Herr Linssen, ich weiß ja, Sie stimmen mir zu, daß es unerträglich ist, daß in Zirndorf die Verfahren zwei Jahre dauern. Für diese Zustimmung bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich würde Sie nur bitten, das dann auch bei den Verantwortlichen anzubringen.

Deshalb sage ich Ihnen auch: Ich könnte mit den 1,2 oder den 1,3 Milliarden DM in meinem Haushalt in den Herkunftsländern viel mehr Menschen helfen als hier im Lande Nordrhein-Westfalen irgendeiner Zahl von Asylbewerbern. Insofern ist dies auch notwendig: Wenn wir Politik für die Menschen im Herkunftsland machen wollen - und das ist unsere Aufgabe -, müssen wir die Mittel dafür haben, und wir können sie

(A) (Minister Heinemann)

hier nicht vorher für einen geringen Teil von Menschen, wesentlich geringer als der Teil, dem wir helfen könnten, ausgeben. Betrachten Sie das auch einmal so! Ich bin sicher, Sie werden, wenn Sie es objektiv sehen, zu einer anderen Auffassung gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum Block 2 liegen nicht vor.

Ich rufe den Block 3

Justiz

auf, eröffne die Beratung hierzu und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klose für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion nur wenige Bemerkungen zum Einzelplan 04 - Justizminister - machen.

(B)

Es liegt fast nahe, direkt an das anzuschließen, was mein Vordrner hier zur Bewältigung des Problems der Asylbewerber ausgeführt hat.

Mir kommt diese ganze Debatte doch sehr vordergründig und sehr kurz gefaßt vor. Das gilt für manchen, der sich hier beteiligt hat.

Sie, Herr Justizminister, haben in Ihrem Entwurf eine Reihe von Stellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgesehen. Das soll der Vollzug dessen sein, was aus dem Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens an Belastungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch in unserem Lande treffen wird. Wir haben gesagt, daß wir dieser Verbesserung unsere Zustimmung geben werden, daß wir sie aber nicht für ausreichend halten.

Nun lassen Sie mich an Ihre Adresse, Herr Minister Heinemann, noch eines sagen! Die hohen Erwartungen, die man an dieses Gesetz zur Beschleunigung des

(C)

Asylverfahrens gestellt hat, werden sich nicht erfüllen, gleichgültig, ob Zirndorf überlastet ist oder nicht. Das war von Anfang an klar, und das ist jetzt in einer Anhörung vor dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, vor dem Rechtsausschuß, von fast allen Fachleuten noch einmal klar und deutlich gesagt worden.

Ich empfinde es schon als merkwürdig, daß es uns nicht gelingt, auf die Ursachen, die uns diese Schwierigkeiten - auch in Zukunft - bereiten, zurückzukommen. Wir werden nicht so kurze Verwaltungsstreitverfahren haben. Wir werden nicht einmal so kurze Verwaltungsverfahren haben, sie werden länger dauern. Die Mittel, die von der Landesregierung im Nachtragshaushalt eingesetzt worden sind und von uns beschlossen werden sollen, werden in keiner Weise ausreichen, um das zu verwirklichen, was der Deutsche Bundestag möglicherweise zusätzlich beschließen wird.

Ich möchte ferner sagen - ich meine, das gehört mit zur Redlichkeit -: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir nicht weiteren Illusionen nachhängen dürfen. Herr Justizminister, wir hätten eigentlich erwartet, daß Ihre Vorlage weiter gegangen wäre.

Auch die Sammelunterkünfte werden das Problem letztlich nicht lösen. Man hat sie aus einer gewissen Notsituation heraus eingerichtet, das Problem bleibt aber bestehen. Wie ich schon im Rechtsausschuß an Ihre Adresse gesagt habe, wird auch die Inanspruchnahme stillgelegter kleiner Anstalten für abgelehnte Asylbewerber, die von der Abschiebehaf betroffen sein werden, keine Lösung sein. Hier werden Unruheherde, soziale Konfliktpunkte geschaffen.

(D)

Auch wird das Personal nicht ausreichen. Für die Menschen in den Sammelunterkünften, die ja nicht alle kriminell geworden sind, sondern die vielfach nur die negative Entscheidung der Rechtsprechung getroffen hat und abgeschoben werden müssen, wird nicht das geeignete Personal vorhanden sein. Man darf deshalb auch hier den Mund nicht so voll nehmen und sagen: Das ist in Bonn nicht vernünftig geregelt worden. Im Vollzug dessen, was der Bundesgesetzgeber beschlossen hat, werden hier genau dieselben Schwierigkeiten eintreten, weswegen sich die Regierungs-

(A) (Dr. Klose [CDU])

fraktion heute kritisch an die Bonner Adresse gerichtet hat. Das werden wir sehen.

Das wollte ich in aller Kürze noch zum Ausdruck bringen.

Uns ist klar, daß das, was Sie beschließen werden, nicht ausreicht. Wir werden bei der Abstimmung über Ihren Haushalt aber nicht ablehnen, sondern uns der Stimme enthalten. Ich sage dazu: Für mich persönlich ist das immer unangenehm, weil man nicht klar Farbe bekennt. Da wir aber der Meinung sind, daß das nur ein Ansatz ist, möchte ich für meine Fraktion dokumentiert haben, daß wir dies von vornherein erkannt haben und uns nicht selbst Sand in die Augen streuen.

Eine letzte Bemerkung zu einem Punkt, der im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen worden ist! Wenn ich das Protokoll richtig verstanden habe, ist - auch auf Anregung unserer Fraktion - im Ausschuß einstimmig beschlossen worden, der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln durch eine Umschichtung im Haushalt die Mittel für das Jahr 1992 zu bewilligen, um diese Stelle, die ja nach wie vor einen sinnvollen Auftrag hat, für dieses Jahr finanziell abzusichern und damit Ausfälle aus Bundesmitteln aufzufangen. Ich finde es gut, daß dadurch eine Arbeit, die auch 47 Jahre nach Kriegsende noch sinnvoll ist, fortgeführt werden kann. Allerdings wird man noch nach Wegen suchen müssen, wie man diese Arbeit auch in Zukunft weiterführen kann. Sie wird notwendig sein.

(B)

Ich erkläre also für unsere Fraktion, daß wir uns bei der Abstimmung zum Einzelplan 04 aus den dargelegten Erwägungen der Stimme enthalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Ich erteile Herrn Abgeordneten Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan der Justiz möchte ich nur zwei Dinge anmerken.

(C)

Erstens, anschließend an das, was Kollege Dr. Klose gesagt hat: Es wird in der Tat schwierig, den Bonner Kompromiß umzusetzen, wenn hier im Lande nur halbherzig vorgegangen wird. Ich darf dazu ein kleines Beispiel nennen, weil Zirndorf genannt wurde.

Es ist durchaus richtig, daß es in Bonn Mängel zu kritisieren gibt. Das hilft uns zwar nicht weiter, mag aber manchem gefallen. Klar war bei dem Kompromiß vom Oktober auch, daß die Länder für diejenigen, die die Sachentscheidungen bei den neuen Verfahren zu treffen haben, Personal werden bereitstellen müssen. Nun kann man zwar kritisieren, daß das neue Verfahren nicht, wie gewünscht, schon im Januar oder spätestens am 1. April angefangen hat, aber ich finde es hervorragend, wenn man jetzt stolz der Öffentlichkeit verkündet, daß man Anzeigen aufgibt, um diese Beamten zu finden, obwohl man seit Oktober weiß, daß man diese Beamten braucht. Herr Innenminister, Sie sind besonders angesprochen. Ich hoffe - und Sie können es ja darlegen -, daß es schon in den letzten Monaten Bemühungen gegeben hat, die uns und der Öffentlichkeit verborgen geblieben sind. Aber das nur nebenbei.

Ich komme auf den Hauptpunkt zu sprechen, den Teil Einzelplan 04 im Nachtragshaushalt.

(D)

Ich freue mich, das endlich hier vortragen zu können, nachdem die bisherigen parlamentarischen Aktivitäten leider nicht so anerkannt worden sind. Der Justizminister hat im Rechtsausschuß dargelegt, daß er mit der Durchführung der Abschiebehafte beauftragt wird; das ist auch nachvollziehbar. Die Abschiebehafte muß ja, um das noch einmal deutlich zu sagen, bei denjenigen sein, die rechtskräftig verpflichtet sind zu gehen, sich aber weigern. Es kommen nicht alle in Abschiebehafte, deren Asylverfahren abgelehnt wurden, sondern nur diejenigen, die sich der Abschiebung entziehen wollen.

Meine Damen und Herren, der Justizminister hat selbst gesagt, er brauche an den drei "wiedereröffneten" kleinen Anstalten 108 Stellen - das ist wahrscheinlich schon ziemlich knapp gerechnet -, um diese Aufgabe durchzuführen. Ich will nicht darüber sprechen, welche Anstalten ausgesucht worden sind, oder darüber, ob das alles sinnvoll ist, was Sie geplant

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

haben; das können wir an anderer Stelle tun. Tatsächlich haben Sie bei den Beratungen im Kabinett nicht mehr erreicht als die Aufhebung einer Wiederbesetzungssperre bei 50 Stellen. Das haben Sie, weil das neun Monate sind, korrekterweise gleich auf 37,5 heruntergerechnet. Das heißt: Es fehlen rund 70 Stellen, die nicht da sind.

Am gleichen Tag - das war das Interessante an dem Vorgang - hat der Regierungssprecher als Information der Landesregierung tatsächlich die Behauptung aufgestellt, für die notwendige personelle Ausstattung sei jetzt auch im Nachtragshaushalt alles Notwendige zur Verfügung gestellt.

Das war ein offenkundiger Widerspruch. Damit sollte verdeckt werden, daß sicherlich, wenn man es so organisiert, nachher die 108 - oder wie viele auch immer - zur Verfügung stehen werden. Nur, die Wahrheit ist, daß davon mindestens 70 - eigentlich alle 108, wenn man es genau nimmt - ja aus anderen Haftanstalten herausgezogen werden; denn man kann sie ja nicht neu einstellen, weil das Geld dafür nicht bewilligt wird.

(B) Das, meine Damen und Herren, ist ein Widerspruch zu dem Versprechen der Landesregierung, daß man alle Vereinbarungen in Bonn auch hier mittragen will, und zwar selbstverständlich mit zusätzlichen Mitteln, so weh uns das tun mag. Aber es geht nicht an, diese neue, in der Tat zusätzliche Aufgabe jetzt mit Kräften zu bewerkstelligen, die im normalen Vollzug tätig sind.

Das geht deswegen nicht, weil wir eigentlich im ganzen Hause gemeinsam der Meinung sind - und da habe ich nie etwas anderes gehört, weder im Rechtsausschuß noch vom Minister selbst -, daß wir zuwenig Kräfte haben. Im Justizvollzugsdienst haben wir zuwenig Kräfte. Es gibt hohe Krankenstände, die nun wirklich nicht darauf zurückzuführen sind, daß die Leute einfach nur keine Lust hätten, sondern weil die Belastung dort zu groß ist, weil natürlich die entsprechende psychische Situation nicht so einfach ist.

Dann, meine Damen und Herren, ist es doch so, daß wir die Mängel, die wir jetzt schon im Vollzug haben, diese ganzen Überstunden, die vor sich hergeschoben werden, auch die Mängel im Sicherheits-

bereich, dadurch verstärken, daß der Justizminister jetzt die Stellen sozusagen einfach umschichtet. Ich denke, man sollte noch einmal klar zum Ausdruck bringen, daß die Landesregierung hier ihrer Verpflichtung nicht nachkommt.

Wir können das an dieser Stelle auch nicht hinnehmen, denn wir werden in nächster Zeit noch öfter über die Problembereiche der inneren Sicherheit zu diskutieren haben, und zu dem gehört eben nicht nur die Polizei, sondern gehören auch der Vollzugsdienst und überhaupt die ganze Justiz. Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde will ich es jetzt dabei bewenden lassen und lehnen wir auch diesen Teil ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kernbereich des Nachtragshaushalts im Justizbereich werden die Stellen für Abschiebehaft von abgelehnten Asylbewerber/innen sein. Wir sind also wieder bei dem Thema, Herr Heinemann, das wir gerade vorhin diskutiert haben.

Ich denke, bevor es zur Abschiebehaft kommt, müssen hier auch einmal ein paar Worte darüber verloren werden, wann oder warum es in der Bundesrepublik zur Abschiebehaft kommt. Das hat Herr Heinemann nämlich vorhin nicht gesagt. Ich nehme ihm ja ab, daß er auch das Bestreben hat, der Fremdenfeindlichkeit in diesem Lande entgegenzuwirken. Das nehme ich ihm ja ab. Aber dann muß er auf der anderen Seite auch sagen, was wirklich de facto bei der Asylrechtsprechung und bei der Anwendung des Asylverfahrens in unserem Lande passiert und warum Menschen jetzt in größere und neue und wiedereröffnete Abschiebegefängnisse kommen sollen.

Wer es nämlich bis zu uns schafft, der muß oft illegale Wege gehen, um Gefängnis, Folter und Tod zu entkommen, weil wir nämlich wissen, daß, wer in Auslandsvertretungen der deutschen Bundesrepublik,

(C)

(D)

## (A) (Appel [GRÜNE])

zum Beispiel in Nordafrika, kommt und sagt "Ich möchte ein Visum haben", und auf die Frage "Wofür denn?" antwortet: "Ich will Asyl beantragen, weil ich politisch verfolgt werde", kein Visum bekommt! Genau die Aussage, daß er Asyl beantragt, ist die Garantie dafür, daß er das Grundrecht nicht wahrnehmen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer deswegen illegale Wege gehen muß, der wird hier nicht nur kriminalisiert, sondern wird immer kürzeren Verfahren überlassen. Wie sehen denn diese Verfahren aus? Wenn Folter, Todesstrafe oder Menschenrechtsverletzungen im Herkunftsland drohen oder zum Alltag gehören, dies aber nicht geschieht, weil der Betroffene zu einer besonderen Gruppe gehört oder aufgrund seiner individuellen Tätigkeit im politischen oder religiösen Bereich verfolgt wird, sondern wenn Folter dazu dient, in den Gefängnissen - sage ich einmal zynisch - die allgemeine Disziplin aufrechtzuerhalten, dann ist dies in unserem Land kein Asylgrund, und so ein Mensch erhält kein Grundrecht auf Asyl.

## (B)

Wenn nicht der Staat, sondern andere - der "Leuchtende Pfad" in Südamerika oder andere Terrorgruppen - Terror, Mord oder andere Verfolgung praktizieren, dann ist das nach unserer Rechtsprechung kein Asylgrund, die bekommen kein Asyl. Und wer vor Naturkatastrophen, vor ökologischen Zerstörungen flieht, wen Krieg oder Hungersnot vertreiben, wer wegen sexueller Gründe oder aus Glaubensgründen verfolgt wird, der bekommt in unserem Land kein Asyl.

Wenn Sie dieses wissen - und das müssen sowohl der Justizminister als auch der Sozialminister wissen -, dann müssen Sie das den Menschen dazusagen. Dann können Sie nicht immer sagen, hier sind abgelehnte mißbräuchliche Asylbewerber, sondern Sie müssen dazusagen: Wir haben in diesem Lande eine extrem restriktive Rechtsprechung, und darüber hinaus haben die Menschen, die abgelehnt werden, sehr wohl zu fast 90 % in diesem Land ein Bleiberecht, ein Bleiberecht, das sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention und aus Artikel 1 und Artikel 2 unseres Grundgesetzes herleitet. Deswegen können diese Menschen nicht abgeschoben werden.

## (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht dazusagen, betreiben Sie wiederum fahrlässig das Geschäft derer, die in unserem Land in die rechte Richtung betzen, und Sie betreiben eine Instrumentalisierung der Asylbewerber und der Flüchtlinge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie betreiben diese auch, wenn Sie die Vorbereitung von 300 Abschiebehaftplätzen in Nordrhein-Westfalen so darstellen, als ob es eine ganz alltägliche Angelegenheit wäre. Wir haben doch im Rechtsausschuß nachgefragt. Der Herr Justizminister hat es geprüft, und er hat uns geantwortet, wie es denn aussehen wird. Er wird eben nicht ausschließen, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder in diesen Haftanstalten einsitzen werden. Wir werden es erleben, daß in diesem Land ausländische Menschen, Frauen und Kinder in den Abschiebehaftanstalten interniert werden, daß sie dort sitzen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Ich fand es sehr bezeichnend, welcher Art seine Überlegungen sind. Der Herr Minister hat dazugesagt: Ich habe mit den drei Standorten, nämlich Coesfeld, Herne und Gütersloh, solche Anstalten ausgesucht, um die eine Mauer drumherum ist, weil ich als Justizminister es nicht wollte, daß nur ein Zaun da ist, wo auf der einen Seite das Elend und auf der anderen Seite die Kameras stehen.

## (D)

Das heißt: Der Altparteienkompromiß, dem Sie in Bonn zugestimmt haben, ist Ihnen ja eigentlich peinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine: Es gibt nichts, was Ihnen peinlicher sein sollte.

Ich zitiere die Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen in ihrer Zuschrift vom März 1992. Die schreiben:

## (A) (Appel [GRÜNE])

Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ist keine Angelegenheit der Strafjustiz. Der Justizvollzug ist weder strukturell noch baulich und vor allem nicht personell auf diese Aufgabe ausgerichtet. Seine Orientierung leitet sich aus der Aufgabenstellung des Strafvollzugsgesetzes und den Gestaltungsgrundsätzen ab, die nicht auf die Ausgestaltung der Abschiebehaft übertragbar sind.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir dem Nachtragshaushalt an dieser Stelle nicht zustimmen können.

Ich meine, daß auch das Übermaßverbot, das direkt aus dem Rechtsstaatsprinzip in unserem Land abzuleiten ist, es verbietet, Frauen und Kinder - und nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch andere Asylbewerber - in entsprechende Haft zu nehmen und dort Situationen auszusetzen, von denen die Bediensteten selbst sagen:

Eine massierte Unterbringung abgelehnter Asylbewerber in eigens für sie eingerichteten Abschiebehaftanstalten würde angesichts der extremen psychischen Situation der Betroffenen Extremreaktionen - das bedeutet Gewalt gegen sich und gegen Dritte - fördern, die sich gerade durch eine Masierung noch potenzieren können.

## (B)

Die Bediensteten sagen weiter - ich kann ihnen das nicht übelnehmen, sondern finde es richtig -, daß sie in keiner Weise darauf vorbereitet sind, mit solchen Dingen umzugehen. Die Bediensteten in den JVA werden im Gegenteil diejenigen sein, die wiederum für die sozialen Dreckarbeiten, für die Aufräumarbeiten und die politischen Versäumnisse auf der anderen Seite werden herhalten müssen.

Ich finde es nicht richtig, daß sie dafür herhalten müssen, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen, daß dieses Land de facto ein Einwanderungsland ist, in dem sogar die Einwanderung seit 1989 extrem zurückgeht. Wir haben einen Rückgang an Zuwanderern. Sämtliche Horrorszenerarien, die hier immer wieder zitiert werden, um die Maßnahmen im Nachtragshaushalt zu rechtfertigen, sind in einer bestimmten Richtung verzerrt, sind nach dem Prinzip

## (C)

der teilweise ausgeleuchteten Bühne zusammengestellt.

Wir haben einen Rückgang von 872 000 im Jahr 1989 auf 590 000 im Jahr 1990 und 477 000 Zuwanderer im Jahre 1991. Wie kann man dann noch von Asylbewerberflut und ähnlichem reden? Das ist doch dummes Zeug, das ist doch Volksverdummung, um ganz bestimmte politische Maßnahmen durchziehen zu können.

Sie können sich auch nicht damit herausreden, daß Sie nicht die "Wirtschaftswoche" gelesen haben, Herr Schultz-Tornau und meine anderen Kollegen von der F.D.P. Das ist doch Ihr Hausblättchen. Sie müßten doch eigentlich wissen, was dort steht: daß die Bundesrepublik in den letzten drei Jahren - Herr Lanfermann, jetzt hören Sie einmal zu; vorher haben Sie hier die scharfen Reden gegen die Asylbewerber gehalten; jetzt wollen Sie es wieder nicht hören - an diesen Zuwanderern 57 Milliarden DM verdient hat und nur 16 Milliarden DM für sie ausgegeben hat. Das heißt: Wir haben einen Reingewinn von 41 Milliarden DM - einen unwahrscheinlichen Reibach! - in unserer Volkswirtschaft gemacht. Das wollen Sie nur nicht erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.] - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Da haben sie Exxon mitgerechnet!)

## (D)

- Nein, das ist überhaupt nicht wahr. Lesen Sie einmal die "Wirtschaftswoche"! Ich bin gern bereit, Ihnen einige Kopien davon zu machen, wenn Sie sie nicht abonniert haben. Ich lese sie.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sie lesen nur jede zweite Zeile!)

Das würde der F.D.P. vielleicht auch einmal ganz gut tun. Da schreibt man nicht, wie in der Tageszeitung, nach Gusto der Landes-SPD. Ich lese sie fast lieber als die "taz"; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Es ist nicht nur so, daß wir einen Gewinn daran gemacht haben, sondern es ist auch so - Sie als Sozialexperte, Herr Kollege Lanfermann, sollten jetzt zuhören und es auch nachlesen -, daß wir, wenn wir jetzt nicht die Einwanderung ermöglichen, ohne mit

## (A) (Appel [GRÜNE])

Quoten zu selektieren und ähnlich blöden Dirigismus zu machen - - Das ist nämlich Unsinn, was da sowohl von einigen Sozialdemokraten als auch vom Bündnis 90 im Bundestag dazu vorgeschlagen wird. Die muß man so nehmen, wie sie kommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ja, das ist völlig richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

- Hören Sie doch einmal einen Moment zu, Herr Lanfermann! Wenn Sie jetzt nicht die Zuwanderung ermöglichen, dann müssen Sie laut "Wirtschaftswoche" ab dem Jahr 2000 pro Jahr eine Million Zuwanderer hereinholen. Sie können es sogar im Wirtschaftsinformationsdienst nachlesen: Es gibt Szenarien, ob 300 000, 400 000 oder 500 000 Einwanderer pro Jahr richtig sind. Die volkswirtschaftlich sinnvollere Option ist eine halbe Million.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen auch sagen warum. Wenn Sie einmal in das Statistische Jahrbuch der Bundesregierung sehen würden, würden Sie feststellen, daß 1990 etwa 470 000 Menschen und 1991 sogar 545 000 Menschen die Bundesrepublik wieder verlassen haben. Das alles lesen Sie aber nicht. Sie wollen das alles nicht zur Kenntnis nehmen, und deswegen machen Sie Ihre kurzsichtige, engstirnige und verbohrte Politik. Sie haben sich darauf eingeschossen: Sie wollen ein Grundrecht sturmreif schießen und zu Grabe tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Beispiel des Grundrechts auf Asyl zielen Sie natürlich auch auf andere Grundrechte - wie die CDU -, nämlich auf die Rechtsweggarantie des Artikels 19 Abs. 4. Die wollen Sie ebenfalls sturmreif schießen. Dafür ist Ihnen jedes Mittel recht. Das wirklich Peinliche daran ist, daß diese SPD-Landesregierung Ihnen dabei noch Schützenhilfe leistet. Das ist ja auch kein Wunder: Diese Landesregierung, die alten, aalglatten Männer, die da sitzen,

(Zurufe)

die haben eben nicht mehr die Zeichen der Zeit zu erkennen gelernt. Die laufen Ihnen nach und kapieren nicht, was in 10 oder 15 Jahren in diesem Land Sache sein wird. Deswegen braucht NRW Bewegung. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Sie erwarten doch nicht, daß man Sie nach dieser Rede noch ernstnimmt! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Haak das Wort.

(Zuruf von der SPD: Einer der aalglatten, alten Männer kommt jetzt! - Heiterkeit)

- Alt?

(Heiterkeit und Zurufe)

Abgeordneter Dr. Haak (SPD): Ich rechne nicht damit, von der Opposition Komplimente zu erhalten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte wird nach meiner Auffassung zu einem Teil doch nach sehr veralteten Mustern und mit schlimmen Vereinfachungen geführt.

Erstens. Herr Lanfermann sagt hier: Es geht um dieses Land; lassen wir Bonn außer Betracht. Ich meine, wir sollten dieses Spiel einmal lassen. In einem Bundesstaat werden die hauptsächlichen und die wichtigen Richtlinien vom Bund getroffen. Wer dort die Verantwortung hat, muß sich auch entsprechende Kritik gefallen lassen. Es gibt kaum eine landespolitische Maßnahme, bei der die Rahmenbedingungen aus Bonn nicht mitberücksichtigt werden müssen.

Zweitens. Ich wundere mich darüber, daß man aus manchen Beiträgen der Kollegen - übrigens ist es widersprüchlich; am Anfang klingt es so und am Ende anders - immer wieder heraushört, daß überhaupt noch nicht klar ist, in welcher finanzpolitischen Situation die Bundesrepublik Deutschland steckt. Die Abgabenquote der Bürger ist auf einer Rekordhöhe. Wir hören und lesen davon, daß mehr beabsichtigt ist.

(C)

(B)

(D)

(A) (Dr. Haak [SPD])

Die Verschuldensquote - das sage ich jetzt gar nicht als Kritik; auch das folgt, jedenfalls zum Teil, aus der Situation des Bundesstaates - steigt von 2 auf 4 % des Bruttosozialproduktes. Meine Damen und Herren, von uns gewollt - aber wir müssen das einmal zur Kenntnis nehmen - findet zur Zeit der vielleicht größte Geldtransfer in der Geschichte Europas, möglicherweise der Menschheit statt. Er ist zu einem großen Teil gemeinsam gewollt. Aber wir müssen es sehen und wissen, und danach müssen wir die Dinge betrachten.

Drittens. Meine Damen und Herren, es wird auch im Asylbereich sehr vereinfachend und in diesem Sinne ideologisch gearbeitet. Ich will nicht auf die Änderung des Grundrechtes auf Asyl im Grundgesetz eingehen; dazu ist genug gesagt worden. Ich glaube, daß das erstens nicht nötig ist, daß es zweitens gefährlich wäre und drittens auch gar nichts brächte.

Aber, Herr Appel, lassen Sie mich einmal etwas zu den Vereinfachungen, die Sie hier vorbringen, sagen. Sie sprechen von denen, die es geschafft haben, zu uns zu kommen, und Folter und Tod entronnen sind. Das sind ja einige, und diesen wollen wir gerne unter Beibehaltung des Grundrechtes auf Asyl hier auch Asyl bieten. Aber wir wissen doch, daß nicht alle Flüchtlinge sind, sondern daß weltweit eine ungeheure Wanderungsbewegung eingesetzt hat. Hier geht es darum zu versuchen, das Asylverfahren mit einem pragmatischen Ansatz zu beschleunigen.

(B)

Lassen Sie mich bitte auch noch zu einer anderen Vereinfachung, die immer wieder vorkommt, etwas sagen. Wer hier kritisch denkt, der soll sogar ausländerfeindlich sein. Meine Damen und Herren, ich kenne viele Bürger, insbesondere auch Arbeitnehmer, die sind ausgesprochen ausländerfreundlich, haben aber Angst vor einem ungehemmten Strom von Zuwanderern, den sie nicht begreifen können.

(Zustimmung bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Das muß man deutlich auseinanderhalten.

Ich möchte dann auch sagen: Wenn man das Verfahren beschleunigen will, dann ist das auch eine Sache, um den Betroffenen zu dienen. Wenn einer

(C)

jahrelang wartet und dann das Urteil bekommt "Du kannst hier nicht bleiben", wenn die Kinder schon in der Schule sind und er hier Fuß gefaßt hat - er hat keinen Fluchtgrund, sondern ist Einwanderer -, dann ist es nach meiner Auffassung nicht human, wenn man dann sagt: "Jetzt ist Schluß".

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Dann schaffen Sie mit uns ein Einwanderungsrecht!)

Ich meine aber auch, es ist aus unserer Sicht richtig, hier einen Punkt zu setzen.

Lassen Sie mich aus meinen Erfahrungen folgendes hervorheben: Sie sprechen von denen, die es geschafft haben. Ich kenne zig Leute, die aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien kommen, die sagen: Wir wollen Asyl. Das kann doch nicht stimmig sein, Herr Kollege Appel.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Aber Polen kommen doch gar nicht mehr!)

Lassen Sie mich jetzt einen Punkt nennen, der mich ebenfalls bedrückt. Ich kenne Asylbewerber und auch anerkannte Asylanten, bei denen ich manchmal Schmerz empfinde, wenn ich sehe, daß es die besten aus den unterentwickelten Ländern sind, daß nicht die verelendeten Massen aus diesen Ländern kommen, sondern hochqualifizierte Leute.

(D)

(Zustimmung bei der SPD und des Abgeordneten Arentz [CDU])

Das ist doch ein Problem, über das wir nachdenken müssen. Wenn sich die Wanderungsproblematik so verschärft, dann sollten wir immer wieder darum ringen, Wege zu finden. Ich biete Ihnen das sehr gerne an, wie Sie wissen. Aber wir sollten uns davor hüten, in Extreme zu verfallen und Lösungen zu verbauen, die wir vielleicht eines Tages noch gemeinsam finden müssen, wenn sich das Problem nämlich möglicherweise quantitativ noch verschärft. So, meine ich, ist das Bemühen um einen sogenannten Kompromiß im Grundsatz unumgänglich.

Ich denke, es ist richtig, daß wir heute Stellen für insgesamt 45 Verwaltungsrichter und 63 Stellen für übriges Personal - diese Zahl ergibt sich, wenn man

(A) (Dr. Haak (SPD))

die Stellen im Nachtragshaushalt und die übrigen Stellen, die entsperrt werden, zusammenrechnet - einrichten. Wenn man ferner berücksichtigt, daß das Beschleunigungsgesetz weitere Maßnahmen beinhaltet, wie im Grundsatz den Einzelrichter, die Verkürzung der Fristen bei den Verfahren und den Vortrag der Gründe, so ist das eine große Verbesserung. Ich glaube, man darf mit einigem Optimismus hoffen, daß das, was wir auf diesem Sektor tun, ausreicht. Wir werden diese Entwicklung aber sicherlich gemeinsam sehr genau und ständig verfolgen. Ich bin jedenfalls optimistisch, daß wir auf dem Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit das Richtige und Ausreichende tun.

Ich will kurz ein Wort zur Abschiebehaft sagen. Die Abschiebehaft ist ein Gebiet, das jeden bedrücken muß. Hier müßte Grundsätzliches gesagt werden. Aber es ist zunächst einmal bundespolitisch vorgegeben. Ich glaube, daß es richtig ist, daß die Justiz, die Erfahrung im Umgang mit anvertrauten Gefangenen hat, diese Aufgabe der inneren Sicherheit übernimmt. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, weil es oft Menschen trifft, die nicht nur nicht Kriminelle sind, sondern das genaue Gegenteil. Das ist eine schwierige Sache.

(B) Ich räume auch ein, daß ich nicht ganz sicher bin, ob das, was wir heute - ich sage es einmal vereinfachend, Herr Lanfermann - in bezug auf die 50 Stellen tun, ausreicht. Aber die finanzielle Situation ist so, daß wir uns auf allen Gebieten bemühen müssen, mit dem gegebenen Bestand auch schwierigste Aufgaben zu meistern.

Ich will allerdings nicht verschweigen, was die Vordner nicht gesagt haben: Wir haben in Nordrhein-Westfalen im Strafvollzug unter den Flächenländern eine besonders gute personelle Ausstattung. Es gibt aber auch die Tatsache, daß viele Überstunden geleistet wurden und werden, und die Tatsache, daß die Klientel, die anvertrauten Gefangenen, zu einem großen Teil schwieriger ist. Ich meine, das müssen wir sehen. Aber ich halte es für verantwortbar, diesen Weg zu gehen.

Ich möchte - da ich glaube, daß die Redezeit abgelaufen ist - zum Schluß kommen und meine Mahnung wiederholen, daß wir auf diesem Felde, das für die

(C) Bürger draußen so unheimlich wichtig ist - in mehrfacher Hinsicht -, versuchen, alle unsachlichen und extremen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Denn ich glaube in aller Angst - und ich hätte gerne unrecht -, daß wir in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit noch ganz, ganz dringend werden pflegen müssen. - Danke.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

Justizminister Dr. Krumsiek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie willens und in der Lage ist, den beim Bundeskanzler im Oktober vorigen Jahres gefundenen Kompromiß in vollem Umfang umzusetzen. Die Justiz, ist durch zwei Bereiche betroffen: zum einen durch eine Veränderung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren und zum anderen durch die Abschiebehaft.

(D) Meine Damen und Herren, wir haben im Haushalt 1992 einschließlich des Nachtrages für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 82 neue Stellen vorgesehen. Wir sind schon jetzt dabei, diese Stellen zu besetzen; wir treffen jedenfalls die Vorbereitungen, daß mit der Verabschiedung dieses Haushalts die Stellen besetzt werden können.

Von diesen 82 Stellen sind nur 33 für den richterlichen Bereich - für acht neue Kammern - und 49 für den nicht-richterlichen Bereich vorgesehen. Es wäre gut, wenn wir die beim Bundeskanzler vereinbarten Fristen einhalten könnten. Aber es ist nicht nur erforderlich, Richter zur Verfügung zu stellen, sondern es müssen auch die Schreibkräfte vorhanden sein, die die richterlichen Entscheidungen ganz kurzfristig umsetzen, und deswegen haben wir diese 49 Stellen im nicht-richterlichen Bereich vorgesehen.

Ich gebe mich keiner Illusion hin - weder bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren noch bei der Abschiebehaft -, daß das alles sinnvoll funktionieren wird. Nur, meine Damen und Herren, wir alle haben

(A) (Minister Dr. Krumsiek)

damit keine Erfahrungen, und wenn wir mit diesen großen Zahlen von Abschiebehäftlingen fertig werden wollen, dann müssen wir es so beginnen, wie wir hier vorschlagen und angefangen haben.

Nun hat Herr Kollege Lanfermann dem Innenminister vorgehalten, er habe ja bis heute noch nicht einmal dem Innenminister des Bundes das Personal zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, das hängt auch damit zusammen, daß der Bundesinnenminister erst um die Jahreswende dem Land Nordrhein-Westfalen mitgeteilt hat, welche Anforderungen denn an dieses Personal gestellt werden und wie ausgeschrieben werden soll. Bis zur Stunde ist ja noch nicht einmal festgelegt worden, wie denn die verwaltungsmäßige Abgrenzung zwischen den Kommunalbehörden und Zirndorf sein wird. Diese Schnittstellenposition ist noch offen, und da können Sie doch uns keine Vorhaltungen machen, wenn bei einem Gesetz, von dem wir eigentlich erhofft hatten, es wäre zum 1. April in Kraft getreten, und von dem wir jetzt noch nicht einmal wissen, ob es zum 1. Juli in Kraft tritt, die Schnittstellenproblematik noch nicht einmal gelöst ist.

(B)

Meine Damen und Herren! Die Abschiebehaft wird die Justiz in Amtshilfe für die Innen-Seite durchführen. Ich habe entschieden, daß drei kleinere Haftanstalten mit einer Kapazität von insgesamt etwa 180 Haftplätzen in Aussicht genommen werden. Ich wiederhole, was ich im Rechtsausschuß gesagt habe: Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Haftanstalt des offenen Vollzuges für Abschiebehäftlinge geeignet ist. Ich wiederhole auch, was Sie hier gesagt haben: Ich kann auch den Mitarbeitern nicht zumuten, nur durch einen Stacheldrahtzaun zur Öffentlichkeit hin abgesichert zu sein. Von daher muß es sich um eine abgeschlossene Anstalt handeln.

Ich glaube, wir werden auch mit den ethnischen Problemen, die ja doch zwangsläufig entstehen, in einer kleineren, abgeschlossenen Anstalt eher fertig werden als in einer größeren Anstalt.

Ich will nicht verhehlen, daß wir auch überlegt haben, ob es nicht einen militärischen Bereich gibt, der umgewidmet und umgebaut werden könnte für etwa 300 Haftplätze. Wir haben im gegenwärtigen Zeitpunkt diese Überlegung verworfen.

(C)

Herr Kollege Appel, in diesen Haftanstalten werden keine Kinder in Abschiebehaft genommen werden. Die Landesregierung hat das sehr gründlich geprüft und erklärt, daß sie nur beabsichtigt, die - ich will es einmal so sagen - Familienvorstände in Abschiebehaft zu nehmen, und daß die Frauen mit ihren Kindern, die sie betreuen, in den Sammeleinrichtungen bleiben, bis die Abschiebehaft zu vollstrecken ist. Wir werden versuchen, das vernünftig zu praktizieren. Es wird aber keine Kinder in Haftanstalten geben, jedenfalls nicht mit meiner Billigung. Ich wäre auch Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen würden und nicht aus andersgearteten politischen Interessen der Öffentlichkeit etwas anderes erklärten.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Sie hatten ja früher anders geantwortet!)

Zu den Stellen im Vollzug muß ich Ihnen sagen: Ich hätte auch gerne mehr als diese 50 Stellen gehabt, die mir zugebilligt worden sind. Wahrscheinlich werden Sie ja die Finanzsituation auf der Bundesebene und auch der Ebene der anderen Länder nach dem nächsten Sonntag mit mir etwas anders einschätzen, als es jetzt mancher wahrhaben will. Wir haben es für vertretbar und für verantwortbar gehalten, daß 50 Stellen ausreichen, um diese Abschiebehaft praktizieren zu können, und wir werden umorganisieren. Das wird uns nicht ganz leichtfallen, aber hier muß doch der Staat eine Aufgabe erfüllen. Wir haben bisher immer nur etwa 80 bis 100 Abschiebehäftlinge in unseren verschiedenen Haftanstalten gehabt. Wir müssen jetzt sehen, daß wir mit einer Zahl von 250, 300 oder möglicherweise noch mehr fertig werden.

(D)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß wir mit dem Nachtragshaushalt die richtigen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Ich bitte Sie deshalb, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu dem Block "Justiz" liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und rufe jetzt den Block

(A) (Präsidentin Friebe)

### Wirtschaft

auf und erteile Herrn Abgeordneten Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte bereits am 12. Dezember bei den Beratungen zum Haushalt 1992 in der zweiten Lesung den sogenannten Handlungsrahmen für die Kohleregionen in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden DM als "Ermächtigungsgesetz des Ministerpräsidenten" zum NRW-Haushalt 1992 und die folgenden Jahre bezeichnet.

Ich habe dabei moniert, daß die Landesregierung ermächtigt werden sollte, über Millionenbeträge frei zu verfügen und diese Beträge beliebig zu verschieben. Der DGB-Chef Mahlberg nennt das ja richtigerweise "Politik nach Gutsherrenart". Ich möchte das, meine Damen und Herren, an dieser Stelle im Plenum auch belegen.

Wenn wir im Haushalt 1992 ansehen, lesen wir dort: "Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig." Das heißt im Klartext, daß die Landesregierung in den Jahren 1992 bis 1994 in der Größenordnung von 1,3 Milliarden DM innerhalb dieser Titelgruppe den Finanzrahmen ausschöpfen und an beliebiger Stelle die Finanzmittel einsetzen kann. 1992, meine Damen und Herren, sind das 184 Millionen DM. Da die Mehrheitsfraktion dem Verfahren zugestimmt hat, kann die Landesregierung jetzt diese 184 Millionen DM frei verfügbar einsetzen.

Sie könnte beispielsweise Gutachten in Auftrag geben oder auch sächliche Verwaltungsausgaben in dieser Größenordnung tätigen. Sie könnte den Gemeinden in dieser Größenordnung Zuweisungen geben, Sie könnte öffentliche Unternehmen fördern, Sie könnte private Unternehmen fördern oder Sie könnte auch soziale und ähnliche Einrichtungen fördern - aber in beliebiger Höhe innerhalb der 184 Millionen DM.

Sie haben in dieser Titelgruppe auch Ansätze mit einem Null-Ansatz. Sie können auch bei dem, was Sie uns als Vorlage geben, einen Null-Ansatz bis zur Größenordnung von 184 Millionen DM auffüllen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das alles sagt dieser Haushalt 1992.

Meine Damen und Herren, nun haben wir in der Tat nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes von Münster eine völlig neue Situation.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn nach dem Deal von Finanzminister Schleußer mit Umweltminister Matthiesen hat der Verfassungsgerichtshof einen doppelten Verfassungsbruch des Herrn Schleußer festgestellt. Ich darf deshalb aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zitieren, Zitat auf Seite 13:

Danach müssen die Ermächtigungen des Haushaltsplans so genau gefaßt sein, daß sie das Finanzgebaren der Exekutive durchsichtig machen, nicht verschleiern und wirksam zu steuern vermögen. Die genannten Haushaltsgrundsätze sind insgesamt nicht nur bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtende Ordnungsprinzipien; ihnen kommt eine das parlamentarische Budgetrecht sichernde Funktion zu.

Das ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, Herr Minister.

Nun haben wir Ihnen eine Brücke bauen wollen mit unserem Antrag Drucksache 11/3198, in dem wir gefordert haben - ich zitiere -: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die haushaltsrechtlichen Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes des Landes durch eine Überarbeitung des Haushaltsplanes für das Jahr 1992 umzusetzen." Das war eine Chance, daß Sie hätten tätig werden können. Die SPD hat, wie nicht anders zu erwarten, unseren Antrag abgelehnt. Sie haben diese Konsequenzen, meine Damen und Herren, nicht gezogen.

Mit dem heutigen Nachtragshaushalt wiederholen Sie Ihr Ermächtigungsbegehren vom letzten Jahr in der Größenordnung von 184 Millionen DM. Jetzt möchten Sie die Verpflichtungsermächtigungen um 135 Millionen DM aufstocken - wieder ohne jegliche Zweckbindung innerhalb dieser Titelgruppe. Das heißt, Sie wollen noch zusätzlich über 135 Millio-

(C)

(B)

(D)

(A) (Tschöeltsch [F.D.P.]

nen DM verfügen und sie nach Gutsherrenart verteilen, gerade wie es Ihnen in den Kopf kommt.

Meine Damen und Herren, das geht ja noch weiter. Das reichte der Landesregierung noch gar nicht aus. Deshalb hat sie - um das noch einmal deutlich zu machen - im Haushalt eine zweite Position aufgenommen. Da heißt es: Diese Mittel insgesamt - wohlge- merkt von 1992 bis 1994 1,3 Milliarden DM - "dür- fen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushalts- plans veranschlagten Mitteln verwendet werden." Meine Damen und Herren, diesen Satz muß ich noch einmal wiederholen, damit er auch wirklich bei allen ankommt: Die Mittel, also diese 1,3 Milliarden DM, dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haus- haltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Wo, in welchen Bereichen?)

- Überall, Herr Kollege Lanfermann! Deshalb sage ich: Das ist ein erneuter Verfassungsbruch, meine Herren Minister, den Sie hier begehen.

(Widerspruch des Finanzministers Schleußer)

(B)

Selbstverständlich. Das widerspricht in allen Punkten dem, was ich gerade zitiert habe. Der Verfassungs- gerichtshof in Münster hat eindeutig festgelegt, daß es Klarheit und Wahrheit im Budgetrecht geben muß. Das mißachten Sie, das mißachten Sie erneut.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Finanzminister und Herr Wirtschaftsminister, was ist das für eine Art, daß Sie uns sozusagen stän- dig zwingen, daß wir nach Münster gehen, damit wir recht bekommen? Kann das denn eigentlich für die Zukunft das Verfahren sein, wie wir es zwischen Opposition und Mehrheitsfraktion und Regierung handhaben sollen? Wollen Sie uns denn wirklich zwingen, daß wir jedes Mal zum Verfassungsgerich- tshof gehen, wo wir ja recht bekommen werden? Das geht ja eindeutig aus dem ersten Urteil hervor.

Nein, Sie sollten sich wirklich einmal besinnen und zu einer gesunden, durchsichtigen und überschaubaren Finanzpolitik zurückkehren.

(C)

Wenn ich mir an der Stelle eine Bemerkung erlauben darf: Gerade geben ja in Bonn die Wellen hoch. Der dortige Verteidigungsminister hat seinen Hut genom- men - ich muß sagen, zu Recht.

Was war passiert? In seinem Haus - noch nicht ein- mal er selber - hat man es nicht fertiggebracht, daß ein Haushaltsbeschluß in der Größenordnung von 25 Millionen DM dem Willen des Parlamentes ent- sprechend gestoppt und das Geld ausgegeben wurde. Das Ministerium hat sich nicht daran gehalten. Der Verteidigungsminister hat seinen Hut genommen - ich sage, zu Recht. Das waren 25 Millionen DM.

Sie verschieben 1,3 Milliarden DM am Parlament vorbei! Wir können überhaupt nicht kontrollieren, was Sie mit den Finanzmitteln machen werden.

Meinen Sie nicht, daß Sie auch Konsequenzen ziehen müßten, wenn gerade die SPD in Bonn das, was dort passiert ist, so anprangert? Die SPD müßte eigentlich auch hier das Wort ergreifen und das Finanzgebä- ren dieser Landesregierung genauso kritisieren, wie sie es in Bonn tut. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. - An Abgeordneten Tschöeltsch [F.D.P.] gerichteter Zuruf Mini- ster Einerts - Abgeordneter Mernizka [SPD], an Minister Einert gewandt: Der Tschöeltsch ist sich doch für nichts zu schade!)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf als nächstem Redner Herrn Kollegen Meyer für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Präsi- dent! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt den Nachtragshaushalt vor, durch den der Be- reich "Wirtschaft" durch Erhöhung der Verpflich- tungsermächtigung betroffen ist. Dennoch war der Wirtschaftsausschuß vom Ältestenrat für eine Befas- sung mit diesem Nachtragshaushalt nicht vorgesehen. Als Wirtschaftsausschuß haben wir uns dann, da das Thema gar nicht auf der Tagesordnung stand, mit dieser Erhöhung nicht beschäftigen können. Wir waren, wie gesagt, nicht vorgesehen; so wichtig war es offenbar nicht.

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Herr Tschoeltsch hat eben ausgeführt, daß es, was die Einzelzuweisung angeht, wirklich nicht wichtig ist, ob wir uns im Detail damit auseinandersetzen, weil der Wirtschaftsminister in diesem Haushalt sowieso machen kann, was er will. Und er tut es ja auch. Die Verpflichtungsermächtigungen werden im Haushalt an einer Stelle zugeordnet, doch können die entsprechenden Mittel an jeder anderen Stelle innerhalb dieser Position verausgabt werden, für was auch immer. Es ist sogar so, daß die Zuordnung sicherlich auch schon per Zufall vorgenommen worden ist. Ich glaube, daß sich darum gar keiner richtig Gedanken gemacht hat.

Wenn der Wirtschaftsminister wenigstens jetzt an dieser Stelle nachgearbeitet hätte! Denn schon in der Wirtschaftsausschußsitzung zum ordentlichen Haushalt haben wir diskutiert, daß wir hinnehmen mußten, daß Ihre Veränderungen betreffend das Kohleprogramm gar nicht - noch nicht einmal gedanklich - einzelnen Ausgabestellen zugeordnet waren. Sie aber haben es noch nicht einmal für nötig gehalten, das nun, einige Monate später, nachzuholen. Das heißt also: Sie stocken lediglich die Verpflichtungsermächtigung auf, haben aber noch nicht einmal das Nacharbeiten vollzogen.

(B) Ich sage dazu: Trotz Abhaltung der Kohlekonferenzen haben Sie in der Sache konzeptionell nicht weitergearbeitet. Denn sonst hätten Sie ja inzwischen eine entsprechende Zuordnung auf Einzelprogramme vornehmen können.

Ich beklage ferner nachdrücklich, daß Sie - oder zumindest Ihre leitenden Beamten - nach außen hin die Kürzung der beschäftigungsorientierten Förderprogramme bedauern, die Dinge aber mit dem Nachtragshaushalt nicht in Ordnung gebracht haben - auch wiederum noch nicht einmal gedanklich. Sie könnten - das haben Sie den Betroffenen angedeutet - die Programme durch Umgruppierung ja so um- und ausgestalten, daß Sie trotz Kürzung der alten Politik nachgehen könnten.

Deshalb ist es ganz wichtig, daß wir Sie, Herr Wirtschaftsminister, einmal ernsthaft fragen: Was ist denn jetzt wirklich dran an der Diskussion, die Sie uns hier die ganze Zeit vortragen? Sie reden draußen im Lande bei jeder Veranstaltung vor irgendwelchen Wirtschaftsverbänden, bei Messen und sonstigen Gelegen-

heiten von allen möglichen wirtschaftsfeindlichen Problemen - ich nenne die Stichworte "Bürokratie", "zu hohe Steuern", "zu hohe Lohnkosten", "zu hohe Abgaben", "Maschinenlaufzeiten zu kurz", "Verkehr und Entsorgung müssen verbessert werden". Wo aber, Herr Wirtschaftsminister, sind Ihre Initiativen in dieser Sache in diesem Parlament jemals sichtbar geworden? - Sie sind innerhalb der Regierung Rau der Schönredner für die Wirtschaftsveranstaltungen und mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nicht einmal in Ihrer eigenen Fraktion werden Sie in der Sache ernst genommen. Das muß langsam einmal aufgedeckt werden. Wir haben Sie wirklich lange genug reden lassen. Ich bin es leid, daß Sie in der Öffentlichkeit von dem Erdrücktwerden durch die Bürokratie reden, aber im Parlament und in Ihrem Ministerium keinerlei Aktivitäten entwickeln, um diese Bürokratie anzugehen. Das ist die Problematik, vor der wir hier stehen. Diese Schönrederei muß endlich ein Ende haben.

Wir müssen die Fragen, die mit dem Standort NRW zu tun haben, wirklich ernsthaft angehen.

Zum Beispiel die Flächenfrage! Es nützt nichts, das Problem der Industrie- und der Gewerbeflächen durch die Schaffung neuer Institutionen vor Ort anzugehen und diese mit Millionen für Personal oder Gutachten auszustatten. Vielmehr müssen Sie an die Materie herangehen, müssen Flächenaufbereitungsanlagen vor Ort installieren wollen. Sie müssen es wirklich tun. Denn warum schaffen die Holländer es, Flächenaufbereitungsanlagen zu installieren, und Ihnen gelingt gerade einmal ein Probebetrieb in der Größenordnung einer Tankstelle für die Aufbereitung von Industrieanlagen? Sie brauchen zur Bewältigung der Probleme unseres Landes, einer der wirklich mitgenommenen Industrieregionen, um diese Region auf die Zukunft hin umzugestalten, neue Ideen, klare Programme und vor allen Dingen klare Ziele. Und wenn Sie diese überbringen und sich selbst hinterher noch daran halten, dann sind wir einen Schritt weiter.

Wenn ich das Stichwort "Worthülsen" höre, dann ist das genau das, was der DGB beklagt hat - Herr Tschoeltsch hat es eben auch schon angesprochen.

(C)

(D)

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

und wir haben beim letztenmal darüber diskutiert -: Der eine nennt es "Politik nach Gutsherrenart". Man kann es auch "Von-Fall-zu-Fall-Entscheidungen" nennen; das ist eine bessere Umschreibung für "Zu-fallsentscheidungen". Diese von uns hier beklagten und kritisierten Einzelfallentscheidungen - ich nenne die Stichworte "Bochum" und "Oberhausen" - werden dann anschließend im Parlament so dargestellt, als seien das die großen strukturpolitischen Veränderungen für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abgeordneten Lindlar [CDU])

Herr Wirtschaftsminister, weil Sie dieses Kohleprogramm in den Einzelheiten nicht haben darstellen können, da Sie lediglich vier oder sechs Themenfelder im Wirtschaftsausschuß benennen konnten, ohne zu beschreiben, was innerhalb dieser Themenfelder aus welchen Gründen in Zukunft in den Kohleprogrammen bezuschußt werden soll, haben Sie uns zugesagt, Sie würden im Wirtschaftsausschuß die entsprechenden Anträge vor der Beschlußfassung vorlegen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch gut!)

(B)

- Ja! Ich warte darauf, daß das passiert. Diese Zusage hat der Wirtschaftsminister bisher nicht eingehalten. Bisher ist kein einziger Fall vorgelegt worden, obwohl allerorten in den Zeitungen schon davon geschrieben wird, welche Zuschüsse innerhalb dieses Kohleprogramms aus dem Wirtschaftsministeriums kommen werden. Herr Wirtschaftsminister, ich gehe davon aus, daß bisher keine einzige definitive Zuschußentscheidung aus Ihrem Hause vorliegt und Sie sich an Ihr Wort halten, das Sie dem Wirtschaftsausschuß verbindlich gegeben haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten die Schlagzeile ernst nehmen, die Herr Razio vor wenigen Tagen im "Handelsblatt" gebracht hat:

Die Veränderungen in der Wirtschaft setzen einen Wandel in den Köpfen voraus.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Schleu-ber: Das ist wohl wahr!)

(C)

Daran mangelt es in dieser Landesregierung. - Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann dem, was Herr Tscholtsch zum Schattenhaushalt, der sich gebildet hat, der sich "Handlungsrahmen für die Kohleregionen" nennt und in Wirklichkeit ein großer Verschiebebahnhof ist, nur zustimmen. Ich sehe das genauso. Wir werden sicher prüfen lassen, ob sich hier ein weiterer verfassungswidriger Tatbestand ergeben hat. Es ist ja nicht einmal klar, ob nicht die Zuschüsse, die hier veranschlagt werden, zum Beispiel für das Projekt Neue Mitte Oberhausen ausgegeben werden können.

Das scheint mir vollkommen naheliegend. Wenn Sie nämlich die EG-Mittel nicht bekommen, Herr Einert, wenn Sie die Bundesmittel nicht bekommen, Herr Einert, bleiben Ihnen nur noch Landesmittel. Wie schön, daß Sie diesen Topf gerade noch erhöht haben. Das paßt geradezu.

(D)

Ob das gemeint war, als wir das hier beraten haben, möchte ich allerdings sehr in Frage stellen.

(Zustimmung des Abgeordneten Tscholtsch [F.D.P.] )

Wir haben festgestellt, daß die Veranschlagungen im Haushalt offensichtlich überhaupt keine Relevanz haben. Wir kritisieren die Mentalität, mit der man die Deckungsfähigkeitsvermerke in extenso ausweitet, mit der man zuläßt, daß Projekte sogar zwischen den verschiedenen Einzelplänen im Rahmen der Strukturhilfe umgesetzt werden können. Beispielsweise wird ein Technologiezentrum veranschlagt und dann ein Projekt wie z. B. das EFMT durchgeführt und im Haushalt nicht einmal nachgewiesen. Sogar außerplanmäßige Ausgaben erscheinen überhaupt nicht im

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Haushalt, sofern sie einmalig sind. Das haben wir ja auch schon gehabt, Herr Schleußer: Die außerplanmäßige Ausgabe von 1,29 Millionen DM für die GEG Oberhausen haben Sie 1990 als außerplanmäßige Ausgabe durchgeschleust und in den nachfolgenden Haushalten überhaupt nicht mehr ausgewiesen. Diese Ist-Spalte habe nur informatorischen Wert, haben Sie gesagt, und brauche nicht vollständig zu sein, und gefragt, was es das Parlament angehe, daß 1,3 Millionen DM ausgegeben worden seien.

Das werden wir weiter kritisieren und gegebenenfalls auch die dritte Gewalt einschalten bzw. einschalten müssen, weil Ihre Lernfähigkeit offensichtlich sehr gering ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das setzt sich weiter fort: Wir haben im Haushalt 1992 globale Mehrausgaben in Höhe von 110 Millionen DM für den Zweck "Beschleunigung der Asylverfahren". Das Ziel, die Asylbewerber loszuwerden, scheint Ihnen so wichtig zu sein, daß Sie alle Wege gehen. 110 Millionen DM ohne jede konkrete Zweckbestimmung - außer der, Asylbewerber loszuwerden - zur Verfügung zu stellen, ist eigentlich nicht etatfrei. Demgegenüber sind aber die Strukturhilfeerhöhungen durch den Bund absehbar. Da sind Sie aber nicht bereit, die Ansätze entsprechend zu erhöhen. Ich verstehe nicht ganz, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

(B)

Wir haben diesen denkwürdigen Umstand festzustellen - Herr Heinemann ist im Moment nicht hier -, daß 23,8 Millionen DM an globaler Minderausgabe eingestellt wurden, um zu verschleiern, wo diese 23 Millionen DM im Sozialetat eingespart werden sollen. Herr Heinemann hat sich damit gebrüstet, daß er das Programm "Therapie sofort" ausweite, hat aber nicht gesagt, wie er das finanzieren will. Das haben wir kritisiert, und zwar auch im Haushaltsausschuß. Das gleiche gilt auch für die Problematik, daß im Schuletat 1 000 Stellen hin- und hergeschoben werden.

Das ist doch genau das Problem: Wir stehen vor dem Gegenteil von Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Transparenz, von der Durchsetzung des Budgetrechts des Parlaments. Das Gegenteil findet statt, denn wir wissen eben nicht, was letztlich passiert.

(C)

Wir können das in der Jahresrechnung - von jetzt aus gerechnet in rund zwei Jahren - nachlesen, was Sie tatsächlich gemacht haben. Nur interessiert das dann niemanden mehr. Unsere Arbeit ist zeitnah. Unsere Arbeit ist politisch, nicht historisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das gilt genauso für die Verwendung der Abwasserabgabe!)

- Herr Trinius, unsere Arbeit ist nicht historisch, sondern unsere Arbeit ist zeitnah. Wir haben hier Politik zu machen. Wir haben hier Wahlkämpfe zu machen. Da müssen wir die Informationen von der Regierung bekommen können.

Wie parlamentsfeindlich sich diese Regierung aber verhält, das haben wir in der Fragestunde der letzten Woche gesehen. Damals hat sie nämlich auf Fragen nicht geantwortet, obwohl sie nach der Verfassung dazu verpflichtet ist. Die Verfassung hat eine Antwortpflicht der Landesregierung konstituiert und nicht nur die Möglichkeit zu antworten.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wir haben doch einen Untersuchungsausschuß eingesetzt!)

Wie sollen wir denn die Regierung kontrollieren, wenn wir hier keine Antwort auf ganz klare, eng abgegrenzte Fragen bekommen?

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Herrn Kuschke! Herr Kuschke, Sie haben mir hier in Übereinstimmung mit Walter Jacobs von der "taz" Opportunismus vorgeworfen. Auch Herr Farthmann hat das letzte Woche schon gemacht. Ich registriere es, daß die "taz" für Sie Stichwortgeberin geworden ist. Ich finde, es ist eine Frage des Stils, wenn man so vorgeht und sich nicht mit dem Sachverhalt auseinandersetzt.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Aber bei Ihnen trifft das auch zu, und Sie sind getroffen?)

- Ich fühle mich auch beleidigt, wenn man mir Opportunismus vorwirft. Ich bin noch nicht so versaut

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

wie andere, die dieses Wort nicht mehr kratzt, sondern mich trifft das. Ich weise das entschieden zurück,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil die Politik, die wir und ich machen, nicht opportunistisch ist, sondern weil ich für diese Politik sehr gute Gründe habe, die Sie leider nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Das ist aber Ihr Problem. Deswegen müssen Sie doch andere Leute nicht beleidigen.

Es ging doch darum - Herrn Kuschke möchte ich das doch gerne noch einmal erklären, weil er dazu hier so vehement vorgetragen hat -, daß wir im Haushaltsausschuß über Maßregelvollzug und über die restlichen Änderungen im Sozialetat abgestimmt haben. Dazu gehört unter anderem die Einstellung einer globalen Minderausgabe von 23,8 Millionen DM.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Deckung muß sein!)

Sie sagen es zwar nicht, meinen aber, daß die Altenhilfe gekürzt wird, daß auch an anderen Sozialprogrammen gekürzt wird, und zwar in Höhe von 23,8 Millionen DM. Woher soll das Geld auch sonst kommen?

(B)

Wir hatten zum Beispiel über die Kürzung des Ansatzes bei Baumaßnahmen für Altenhilfe in Höhe von 2 Millionen DM abzustimmen. Wir hatten über die Kürzung der Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe in Höhe von 10 Millionen DM abzustimmen. Diese Änderungen wollten wir nicht. Deshalb haben wir den Antrag des Sozialausschusses, diese Titel so zu kürzen, abgelehnt. Das war Gegenstand des Antrags. Diesen Antrag der SPD haben wir abgelehnt, weil wir diese Kürzung nicht wollen. Da können Sie uns doch nicht vorwerfen, daß wir "Therapie sofort" abgelehnt hätten. Das ist doch absoluter, barer Unsinn!

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ohne Deckung!)

- Herr Trinius, ich habe jetzt versucht, das für Herrn Kuschke noch einmal zu erklären. Ich weiß nicht, ob er die Gelegenheit hat, das zu hören. Manche ver-

(C)

stehen es auch bis zum Ende nicht. Und für diesen Fall, daß es wirklich jemanden in diesem Raum gibt, der es immer noch nicht verstanden hat, werden wir diese beiden Stellen, an denen wir fälschlich zitiert worden sind, nämlich erstens "Therapie sofort", zweitens die Umsetzung der 1 000 Stellen bei der Polizei, hier extra zur Abstimmung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

damit auch wirklich nicht der Rest des Schattens eines Zweifels bleibt - außer bei den unendlich Unbelehrbaren, und da kann man ja nun wirklich nichts mehr machen.

Ich will in der letzten Minute, die ich zur Verfügung habe, zu einem letzten Punkt kommen. - Sie haben sich ja in Ihrem Entschließungsantrag für heute Mut gemacht. Es geht eigentlich um Schulpolitik in dieser Debatte. Da haben Sie geschrieben:

Ökonomische und finanzpolitische Veränderungen, die durch die deutsche Einheit und die neuen internationalen Verpflichtungen entstanden sind, zwingen in allen Politikbereichen zu Einschnitten.

Damit meinen Sie natürlich die Schulpolitik. Diese Aussage ist fast richtig; sie ist aber irreführend zugleich und soll uns Sand in die Augen streuen. Das steht nämlich am Anfang eines Entschließungsantrages, wo Sie die Kürzungen im Schulbereich rechtfertigen wollen. Also: Die deutsche Einheit und die internationalen Verpflichtungen verursachen die Schulmisere in Nordrhein-Westfalen. Solch ein blanker Unsinn!

(D)

(Minister Schwier: Wir kürzen doch gar nicht!)

So ein verdammter Unsinn, wie ich ihn lange nicht gehört habe; denn den Unterrichtsausfall gibt es schon seit Jahren. Herr Schwier, ich habe über die Schulmisere in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Die versuchen Sie mit der deutschen Einheit und den internationalen Verpflichtungen zu begründen, und das ist barer Unsinn!

(Beifall bei GRÜNEN und F.D.P.)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Denn diese miserablen Standards in Nordrhein-Westfalen gibt es seit Jahren. Seit Jahren weisen Ihre eigenen Zahlen, die Zahlen des Kultusministeriums, nach, daß Sie eine katastrophale Situation auch im Vergleich der Bundesländer haben.

(Minister Schwier: Welche Zahlen?)

- Was die Unterrichtsstunden für die Schüler angeht, was den Lehrerbefüllungsgrad angeht, was die Ausstattung der Schulen angeht,

(Minister Schwier: Stimmt nicht!)

all das hat Ihr Ministerium, Herr Schwier, belegt.

(Minister Schwier: Nein!)

Das haben nicht die GRÜNEN gesagt - wir hätten es auch sagen können -, sondern das haben Sie selber gesagt.

(Minister Schwier: Nein!)

Das ist Unsinn, weil es eben nicht in allen Politikbereichen zu Einsparungen kommt. Es kommt nicht zu Einsparungen bei der Wirtschaftsförderung, es kommt nicht zu Einsparungen im Straßenbau, es kommt nicht zu Einsparungen in vielen anderen Bereichen, nur im Schulbereich!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Schulbereich ist Ihr Sparstrumpf! Sie legalisieren den Unterrichtsausfall, um genau diese Kürzungen, die seit Jahren betrieben werden, hier zu rechtfertigen. Ihr ganzer Antrag ist eine einzige Schönrederei, eine einzige Verharmlosung!

Ich will als letztes zitieren - meine Redezeit ist zu Ende -: "die bedarfsbestimmenden und bedarfsdeckenden Faktoren wieder in Übereinstimmung bringen." Ja, wunderschön! Das klingt ja so, als würde man irgendwo mit Tipp-Ex ein bißchen was entfernen. Aber das heißt: 17 000 Lehrerstellen werden praktisch dadurch überflüssig gemacht, daß Sie Unterrichtsausfall legalisieren.

(Minister Schwier: Nein!)

(C)

- Indem Sie Unterrichtsausfall legalisieren, Herr Schwier! Das tun Sie, und was Sie hier betreiben, ist eine einzige Verdummung der Öffentlichkeit, weil Sie von dem ablenken, was praktisch passiert. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Stüber, ich erteile Ihnen das Wort für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie überflüssig diese Debatte ist, haben die letzten Beiträge eigentlich deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Da spricht der Kollege Meyer über Flächen, der Kollege Busch redet sich in einem Rundumschlag den ganzen Frust von der Seele, der ihm wohl im Laufe der Wochen oder Monate angewachsen ist. Wenn Sie Protest haben, Herr Kollege Busch, empfehle ich Ihnen: Schreiben Sie einen Leserbrief an die "taz"; der kommt immer gut an.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich will Ihnen einmal sagen, was ich unter "Opportunismus" verstehe. Vielleicht kann ich Ihnen das einmal erklären. Wissen Sie, was Opportunismus ist? Opportunismus ist, wenn jemand bei jeder Haushaltsberatung die Landesregierung auffordert, die WestLB zu verkaufen, und bei jedem Problem, das dann auftaucht - siehe Hoesch oder "Neue Mitte Oberhausen" -, die gleiche Landesregierung auffordert, diese WestLB als Instrument einzusetzen. Das nenne ich Opportunismus!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von den GRÜNEN)

Wir reden heute über den Nachtragsetat zum Haushaltsplan 1992. Darin steht zur Wirtschaft nur eine einzige kleine Bemerkung, nämlich 135 Millionen DM zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen. Die sind hineingekommen, meine Damen und Herren,

(A) (Stüber [SPD])

weil wir glauben, daß es sinnvoll ist, in diesem Bereich - es geht hierbei um den Handlungsrahmen für die von der Kohlerunde betroffenen Regionen - zügig und vernünftig planen und handeln zu können. Das ist der Sinn von Verpflichtungsermächtigungen. Dazu haben Sie hier überhaupt kein Wort gesagt. Daß die GRÜNEN mit dem ganzen Thema nichts am Hut haben, weiß ich. Die würden das alles ja am liebsten abschaffen. Das sollen sie dann auch sagen; das ist ihr Bier.

Bei dem Kollegen Meyer habe ich mich gewundert. Er hat sich dazu gar nicht geäußert. Er hat etwas zu Flächen gesagt, aber zu Flächen kommen wir erst im Mai. Dann steht Ihr Antrag an. Sie sind vielleicht Ihrer Zeit ein bißchen voraus gewesen. Wir haben inzwischen die Uhren auf Sommerzeit eingestellt, nicht einen Monat vorgestellt. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht nicht ganz mitbekommen haben.

Der Kollege Tschoeltsch - auch das fand ich überflüssig - hat noch einmal diese alte Leier vorgetragen, die er jedesmal vorträgt: Hier würde eine Ermächtigung am Parlament vorbei geschehen. Wir haben, Herr Kollege Tschoeltsch, auch im Ausschuß lange darüber diskutiert. Wir haben ein Problem im Lande Nordrhein-Westfalen

(B)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Nicht nur eines!)

- ich sage das einmal ganz einfach - seit der Kohlerunde vom 11. November 1991, das in bestimmten Regionen dieses Landes tiefgreifende Einbrüche in den nächsten Jahren bringen wird. Und um diese Einbrüche politisch und strukturwandelmäßig mitzugestalten, zu verändern, die Bedingungen für die Menschen, die dort wohnen, zu verbessern - es geht um viele Menschen, allein im Bergbau um über 30 000, wie Sie wissen -, gibt es ein Handlungskonzept für diese Kohleregionen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich muß ja sehen, daß er das einmal aufnimmt. Sonst glaubt er mir das ja nicht. Ich bitte aber um Entschuldigung und um Nachsicht, wenn ich damit unhöflich gegenüber den übrigen Anwesenden bin.

(C)

Für diese Regionen haben wir jetzt also ein Handlungskonzept aufgestellt, für das Geld zur Verfügung gestellt werden muß. Nun kann man zwei Dinge tun: Geld neu drucken können wir nicht, denn dafür haben wir keine Hoheit. Neue Verschuldung wollten wir nicht. Also haben wir uns gemeinsam mit der Landesregierung hingesetzt - wir haben das ja anschließend auch im Ausschuß ausführlich beraten - und haben die Summen aus bestehenden Mitteln zusammengekratzt.

Jetzt gibt es einen Globaltitel, der aus Titeln der einzelnen Häuser gespeist wird, für 1992 - das sage ich Ihnen noch einmal ganz deutlich - titelscharf. Für 1993 und die folgenden Jahre gibt es eine globale Summe auf die einzelnen Haushalte bezogen, auch auf den Einzelplan 08. Hier vom Podium und mehrfach auch im Ausschuß ist die feste Zusage gemacht worden, daß wir bei der Haushaltsberatung über die titelscharfe Zurverfügungstellung noch einmal debattieren werden.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.]

Als Stichwort nenne ich das Mittelstandsprogramm und was damit im Zusammenhang steht.

(D)

Für diese vier Regionen - ich muß sie nicht wiederholen, Sie kennen sie - gibt es ein Handlungskonzept. Dazu gibt es inzwischen eine sehr schöne Übersicht, die ich extra mitgebracht habe. Darin ist hinten auf einer Gebietskarte dargestellt, was regional inhaltlich schwerpunktmäßig gemacht werden soll, und zwar zügig.

Nun haben Sie als erstes gesagt, dieser Handlungsrahmen sei viel zu gering ausgestaltet, er müsse viel mehr enthalten.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Inhaltlich!)

- Auch finanziell, haben Sie gesagt.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nein!)

Jetzt beklagen Sie sich, daß hier Summen im Haushalt stehen, von denen ich mir auch wünsche, daß es

(A) (Stüber [SPD])

mehr wäre, aber wir müssen es ja irgendwoher nehmen. Auf der anderen Seite beklagen Sie zuviel Bürokratie; das hat Kollege Meyer auch getan. Und nun weisen wir eine VE aus, damit man schon im laufenden Jahr planen kann, damit man auch Bewilligungen aussprechen kann - Sie wissen ja, wie schwierig manche Projekte sind. Wohl wissend also, daß die Projekte erst im nächsten Jahr begonnen werden können, werden 135 Millionen DM VE aufgenommen. Und Sie kritisieren da, das sei alles am Parlament vorbei entschieden worden. Sie müssen sich einmal äußern, was Sie denn nun wirklich wollen!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Verdacht - und ich werde ihn bei Ihnen nicht los, bei den GRÜNEN ist das ja klar -, daß Sie das alles im Grunde genommen gar nicht wollen. Ihnen geht es im Grunde um das, was Kollege Reichel heute morgen in einem anderen Zusammenhang gesagt hat: Bildung statt Kohle. Sie möchten den ganzen Bereich abschaffen. Für Sie war das Ergebnis der Kohlerunde ein schmerzlicher Kompromiß. Wir haben aber gesagt, daß wir ihn alle mittragen könnten.

(B)

In diesem Zusammenhang muß ich auch den Kollegen Meyer anschauen und daran erinnern, was Kollege Linssen auf der Regionalkonferenz am Niederrhein - Hochinteressantes - gesagt hat. Hier hat er die Kohlefraktion aufgekündigt, draußen am Niederrhein erklärt er dagegen, wie toll denn diese Politik sei und daß man dort dieses gemeinsam gestalten müsse. Dies ist, denke ich, keine ganz saubere Verhaltensweise.

(Beifall bei der SPD)

Auch die F.D.P. muß sich erklären, was sie nun will. Will sie ein solches Handlungskonzept, um den tief betroffenen Regionen und den dort wohnenden Menschen zu helfen, oder will sie das nicht? Sagen Sie das bitte deutlich! Sagen Sie es bitte hier und auch in den Regionen, aber versuchen Sie nicht durch Filibusterei hier an einzelnen Positionen und Verhaltensweisen, an einzelnen Aussagen des Ministers und im beratenden Ausschuß ein Thema zu zerreden, von dem ich glaube, daß es für diese Regionen und damit für dieses Land in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung ist.

(C)

Von daher sind die 135 Millionen DM VE, die in den Nachtragsetat eingestellt worden sind, eine unheimlich wichtige, bürokratieverkürzende, Planungssicherheit gebende Maßnahme, die wir nur nachdrücklich begrüßen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Einert, das Wort. Bitte schön!

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Sache selber bräuchte ich eigentlich nicht mehr hier an das Pult zu gehen; denn Sie haben in der Sache nichts gesagt. Sie haben alte Schallplatten abspielen lassen, die Sie schon mehrfach im Ausschuß und hier zu Gehör gebracht haben. Sie weigern sich mit konstanter Bosheit, Antworten, die Ihnen gegeben werden, zur Kenntnis zu nehmen. Sie verstecken sich jetzt hinter haushaltstechnischen Gesichtspunkten, die falsch sind.

Nur eines will ich Ihnen, Herr Kollege Tschoeltsch, in aller Deutlichkeit sagen: Sie haben eben wieder formuliert, die Landesregierung gebe sich ein Ermächtigungsgesetz. Ich betrachte es als eine Unverschämtheit und als eine Unverfrorenheit von Ihnen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

einen Begriff, der politisch so belegt ist, in dieser Art und Weise hier zu gebrauchen. Ich weise das zurück. Ich fühle mich von Ihnen beleidigt, wenn Sie das so formulieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Und daß Sie überhaupt kein Schamgefühl mehr haben, wenn Sie eine solche Formulierung gebrauchen, das spricht ja wohl für Ihren moralischen Standard, auf dem Sie sich befinden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reichel [F.D.P.]: Das ist doch wohl das Letzte!)

(A) (Minister Einert)

"Er läßt sich ein Ermächtigungsgesetz geben" - haben Sie eigentlich überlegt, was Sie damit formulieren?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Nein.

Wollen Sie jetzt endgültig auf dem Niveau politischer Strolche hier diskutieren, wenn Sie solche Begriffe verwenden? Ich verahre mich dagegen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Also, Herr Minister, auch Ihr Amt rechtfertigt nicht die Anwendung solcher Begriffe. Ich bitte, davon abzusehen.

(B) Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: So ist es. Ich tue das jetzt.

(Zuruf von der CDU: Hoffentlich!)

Zur Sache selbst! Die Finanzierung der aus dem Handlungsrahmen für die Kohlegebiete zu fördernden Projekte wird vorrangig aus bereits bestehenden Förderprogrammen erfolgen. Das haben wir gesagt und vorgetragen. Als zentrale Finanzierungsquelle stehen dabei die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Verfügung. Hinzu kommen die Programme aus RECHAR, aus Ziel 2 mit einem Mittelvolumen von 1,2 Milliarden DM.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß irgendwelche Mittel am Landtag vorbei beschlossen worden sind. Wir haben ausgeführt und deutlich gemacht, wer die Verwendung dieser Mittel festsetzt. Die Bundesregierung und die Mitglieder des Planungsausschusses bestimmen gemeinsam die Verwendung und geben sie für die Gemeinschaftsaufgabe vor. Die EG-Kommission zusammen mit den Planungs-

(C)

instrumenten, die dafür vorgesehen werden, bestimmen eindeutig die Mittelverwendung aus Ziel 2, aus RECHAR und anderen vergleichbaren Programmen. Es ist absoluter Unfug und spricht nur für Unkenntnis, hier von einer Mittelverteilung nach Gutsberrenart zu reden oder ähnlichen Schwachsinn zu formulieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das mit dem Schwachsinn gilt für alle nach dem Motto: to whom it may concern. Da mag sich wer auch immer angesprochen fühlen; ich nenne keine Namen, meine aber alle. Es gibt hier und auch außerhalb des Landtags eine Reihe von Leuten, denen dieser Schuh paßt.

(Lachen bei der CDU)

Das muß man doch deutlich so sagen. Da habe ich keine Hemmungen.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU] - Unruhe)

Herr Kollege Meyer, ich muß eines richtigstellen: Ich habe im Wirtschaftsausschuß zugesagt, den Landtag und den Fachausschuß bei der weiteren ständigen Begleitung über einlaufende, zu diskutierende und beschlossene Anträge zu informieren.

(D)

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe Ihnen - um das hier noch einmal klar zu Protokoll zu erklären; es gibt auch dafür kein Zitat - nie zugesagt, daß jeder Antrag vor Beschlußfassung dem Wirtschaftsausschuß vorgelegt wird, wie Sie hier glauben vortragen zu müssen. Das ist objektiv falsch. So etwas kann ich gar nicht zusagen. Auch im Rahmen von Einzelbewilligungen gilt das Ressortprinzip.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Ich kann für Mitglieder der Landesregierung nicht verbindliche Erklärungen abgeben und nehme das auch für mich in Anspruch.

(A) (Minister Einert)

Ich habe zugesagt, das Parlament und den Fachausschuß an der Diskussion über die weitere Vervollkommnung und Realisierung dieses Programms zu beteiligen. Aber ich füge in die Organisationsgewalt der Landesregierung, die in der Verfassung verankert ist, keine Ebene ein, indem ich sage: Jeden Antrag, den das Kabinett oder ein einzelner Ressortminister zu bescheiden hat, werde ich zur Genehmigung oder Diskussion einem Ausschuß vorlegen. Das geht nicht, und das werde ich auch nicht tun; damit das völlig klar ist.

Zu den Mitteln, die wir aus den Gemeinschaftsprogrammen formuliert haben, haben wir gesagt: 1,067 Milliarden DM für die Kohlegebiete aus bestehenden Programmen und Haushaltsansätzen im Rahmen der Umschichtung,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

davon 165 Millionen DM als Komplementärfinanzierung zu dem Sonderprogramm der Gemeinschaftsaufgabe. Diese zusätzlichen Mittel dienen im wesentlichen der Finanzierung von Projekten, die über bestehende Förderprogramme nicht finanziert werden können.

(B) Im Haushalt 1992 sind bisher von den zusätzlichen Mitteln in Höhe dieser insgesamt für mittelfristig vorgesehenen Möglichkeiten 1,067 Milliarden DM Ausgabemittel in Höhe von 183,9 Millionen DM veranschlagt worden. Abgesehen von den 165 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen als Komplementärmittel des Landes an Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe sieht der Landeshalt 1992 bisher für die Maßnahmen des Handlungsrahmens, die allein aus Landesmitteln zu finanzieren sind, keine Verpflichtungsermächtigung vor. Die nach Verabschiedung des Haushalts 1992 durchgeführten Konferenzen zeigen jedoch, daß es sich bei den von den Regionen vorgeschlagenen besonders strukturelevanten Projekten überwiegend um mehrjährige Investitionsprojekte handelt. Die Umsetzung des Handlungsrahmens ab 1992 ist deshalb nur möglich, wenn hierfür entsprechende Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden.

Die Landesregierung hat deshalb ganz konsequent, keineswegs am Haushaltsgesetzgeber vorbei, zusätzli-

che Verpflichtungsermächtigungen von 135 Millionen DM in den Nachtragshaushalt 1992 eingestellt, um auch für mehrjährige Maßnahmen Bewilligungen zu ermöglichen. Eine Ausweitung des Handlungsrahmens ist damit nicht verbunden. Wir bewegen uns durchaus im Rahmen des Haushaltsrechts des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stüber, Sie haben mich direkt angesprochen. Ich will Ihre zwei Fragen beantworten.

Wir als F.D.P.-Fraktion haben hier im Landtag vor der Landesregierung und vor der SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem wir uns dafür ausgesprochen haben, daß für die betroffenen Regionen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie können uns also gar nicht unterstellen, daß wir das nicht wollen. Nur: Wir wollen es nicht auf die Art und Weise finanzieren, wie Sie das hier betreiben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Stüber, Sie sagen, im Haushalt sei das titelscharf abgegrenzt. Das ist ein Trugschluß. Sie haben einzelne Titel, und Sie haben den einzelnen Titeln auch Finanzmittel zugeordnet. Dann aber haben Sie weitere Titel mit einem Nullansatz aufgenommen und schreiben unten: alles gegenseitig deckungsfähig. - Und das soll hier verabschiedet werden? Wir alle sollen zustimmen, und dann kann die Landesregierung aus freien Stücken nach Gutscherrenart die einzelnen Mittel zuteilen. Das machen wir nicht mit, Herr Minister.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Minister, ich habe wirklich Verständnis dafür, daß Sie sehr nervös sind. Sie geraten unter Druck, und zwar nicht nur unter Druck der Opposition. Wenn ich an Herrn Mahlberg denke, komme ich zu

(C)

(D)

(A) (Tschöelsch [F.D.P.])

dem Ergebnis, daß Sie nun wirklich zwischen allen Stühlen sitzen.

Damit wir wirklich nicht aneinander vorbeireden: Ich habe gerade darauf hingewiesen - das wissen Sie ganz genau, und der Finanzminister weiß es auch -, daß der Finanzminister mit diesem Nachtragshaushalt die Verpflichtungsermächtigungen global um 135 Millionen DM erhöht. Ich habe soeben auch ausgeführt, daß wir, weil Sie alles gegenseitig deckungsfähig machen, überhaupt keine Kontrolle über die 185 Millionen DM im Haushalt 1992 haben.

Damit Sie verstehen, was ich meine, möchte ich aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Münster zitieren, in dem der erste Verfassungsbruch, den Sie begangen haben, festgestellt wurde. Ich zitiere genau die Passage, die auf diese Position jetzt paßt; hören Sie gut zu. Auf Seite 13 des Urteils heißt es:

Sachliche Spezialität gebietet, die Einnahmen nach dem Entstehungsgrund, die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen und, soweit erforderlich, zu erläutern. Dieses Prinzip ist mit den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit eng verbunden.

(B)

Dann kommt das, was ich vorhin zitiert habe. Genau das, was das Verfassungsgerichtsurteil hier sagt, berücksichtigen Sie nicht. Deswegen prophezeie ich Ihnen, daß Sie erneut Schiffbruch erleiden werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir nach Münster gehen, wird Münster wieder sagen: Sie, Herr Minister, haben die Verfassung gebrochen, weil Sie sich an dieses Urteil nicht halten.

Jetzt noch etwas, Herr Minister Einert, was nicht der Erheiterung dienen soll, sondern was noch einmal deutlich machen soll, wie Sie Politik handhaben. Ich habe in einer Kleinen Anfrage das Projekt Festspielhaus in Recklinghausen angesprochen. Laut einer Pressemeldung wurde im Januar durch die Landesregierung die Zusage gegeben, dieses Projekt zu fördern. Im Februar habe ich die Kleine Anfrage gestellt, in der ich wissen wollte, ob das durch einen Kabinettsbeschluß abgesichert sei, wie viele Finanz-

(C)

mittel in den Jahren 1992/93/94 für dieses Projekt vorgesehen seien und ob die Stadt Recklinghausen, der Kreis Recklinghausen und der Bezirksplanungsrat auch in ihren Gremien dieses Projekt beschlossen haben.

Da wurde zuerst einmal die Zeit nicht eingehalten. Man soll ja innerhalb von vier Wochen antworten. Dann gab es ein Schreiben des Kultusministers, in dem es hieß: Diese Materie ist so kompliziert, daß ich noch weitere vier Wochen brauche, um das zu beantworten. - Ich frage mich dabei, was da kompliziert ist, wenn ich nach einem Kabinettsbeschluß frage. Sie brauchen keine Recherchen anzustellen. Sie haben alles im Hause. Sie mußten auch die Anträge der Städte haben. Ich weiß gar nicht, was Sie da recherchieren müssen.

Aber dann - nachdem diese Kleine Anfrage über eine Auslegung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung kommen sollte - kam urplötzlich die Antwort, und siehe da, \*meine Damen und Herren! Es gibt keinen Kabinettsbeschluß - so haben Sie mitgeteilt. Als Sie dann draußen sagten, daß Sie - die Landesregierung - das Projekt förderten, da hatte die Stadt überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt; sie hatte noch gar keinen Antrag auf Förderung gestellt.

(D)

Meine Damen und Herren, das ist doch nun wirklich Gutsberrenart. Da wird verkündet, die Landesregierung finanziere irgendwelche Projekte. Da liegen keine Anträge aus den betroffenen Gremien vor; da gibt es keinen Kabinettsbeschluß. - An was wollen wir uns denn hier noch halten? Was stimmt denn jetzt eigentlich? Müssen wir alles in Frage stellen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun wollte ich ja heute ursprünglich eine Dringliche Anfrage einbringen, weil ich noch eine Frage habe. Da hat nun das Präsidium einen intelligenten Beschluß gefaßt und erklärt, die Frage sei nicht dringlich, weil ich das in der Debatte ansprechen könne.

Ich möchte jetzt nur den Herrn Präsidenten inständig um Unterstützung bitten, daß die Landesregierung nun meine Frage beantwortet.

(A) (Tschöeltch [F.D.P.]

Diese Frage wollte ich ursprünglich stellen. Ich tue es nun hier in der Debatte, und ich erwarte natürlich auch die Antwort, Herr Minister. Ich wollte einfach wissen, für welche anderen Projekte es auch zutrifft, daß Sie nach außen Förderungszusagen gegeben haben, ohne daß es einen Kabinettsbeschluß gab, und daß Sie diese Zusagen in der Öffentlichkeit gegeben haben, ohne daß überhaupt die demokratisch legitimierten Gremien Beschlüsse gefaßt hatten. Das ist schlicht und einfach meine Frage.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Präsident, nach dem Vorlauf gehe ich einfach davon aus, daß die Landesregierung jetzt auch gleich antworten wird.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Aber der Wirtschaftsminister schweigt! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klöse: Wollen Sie das Wort ergreifen. Herr Minister?

(Lachen und lebhaftes Zurufe von der F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B)

Dann darf ich nun Herrn Kollegen Meyer für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde die Art und Weise, in der hier das Parlament behandelt wird, unerträglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da stellt sich Minister Einert auf unsere Beiträge hierher, regt sich gezielt auf, lacht in sich hinein, geht zu seinen alten Floskeln über und trägt nichts Neues vor. Er geht auf keinen der vorgetragenen Gesichtspunkte ein, auf überhaupt keinen dieser Gesichtspunkte!

(Widerspruch von der SPD)

(C)

- Es ist immer so, daß Sie sich aufregen. Wenn es voll ins Schwarze geht, regen Sie sich stets besonders stark auf.

(Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

Meine Damen und Herren, wir haben ihn vorhin gebeten, vor dem Parlament Stellung zu nehmen - auch im Zuge von Haushaltadiskussionen -, wie er sich draußen in Veranstaltungen bei der Wirtschaft betätigt.

Ich habe Zeitungen hier vorliegen, die folgendes besagen:

Minister Einert: Wir ersticken in Bürokratie. Bürokratie behindert technische Entwicklung.

Einert sprach sich vor allem bei der Arbeitszeit und den Maschinenlaufzeiten für mehr Flexibilität in der Wirtschaft aus.

Einert spricht sich wie folgt aus: Viele Repräsentanten der Wirtschaft addierten die Lohnforderungen der Gewerkschaften, hohe Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und Pläne für Umweltabgaben zu einer Gesamtkostenbelastung für die deutsche Industrie hoch.

(D)

Man dürfe die Belastbarkeit der Wirtschaft nicht überstrapazieren.

Alles das haben wir hier hinterfragt. Wir haben ihn gebeten, einmal von seiner Rolle als Schönwetterredner draußen in den Versammlungen Abstand zu nehmen und das hier zu sagen, in seiner Fraktion Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Haushaltsplanberatungen haben nun einmal den Sinn, auch über den ganz konkreten Vorschlag hinaus die einzelne Politik, hier die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, zur Debatte zu stellen.

Herr Minister, wenn Sie es nicht für nötig halten, auf einen der Punkte überhaupt einzugehen, dann werden Sie es mir überhaupt nicht verübeln können, wenn ich

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

sage: Sie halten draußen Schönwetterreden und trauen sich hier wegen Ihrer eigenen Fraktion nicht, das im Parlament zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Haben Sie doch den Mut! Stellen Sie sich doch hierhin, meine Güte noch eins! So lange haben Sie doch nicht mehr vor sich, daß Sie jetzt noch wesentlich Rücksicht auf Ihre eigene Fraktion nehmen müßten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Deswegen will ich hier klipp und klar auch noch eines sagen, damit es wirklich klar ist: Herr Stüber, das, was Sie zum wiederholten Male hier versucht haben gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Meyer, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wenn es Herr Stüber war, immer!)

(B) - Herr Kollege Stüber, bitte schön.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Er hat sich zu Wort gemeldet!)

- Das war hier nicht erkennbar.

Bitte schön, fahren Sie fort!

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nachdrücklich eines wiederholen.

Herr Stüber, Sie können gleich darauf eingehen und es gegebenenfalls entsprechend korrigieren. Sie haben jetzt zum wiederholten Male wider besseres Wissen behauptet, die CDU sei aus der sogenannten Kohlefraktion in diesem Landtag ausgestiegen.

(Demonstrativer Beifall der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

(C)

Sie haben das zum wiederholten Male wider besseres Wissen behauptet.

Es hat hier im Landtag über viele Jahre hinweg eine gemeinsame Linie hinsichtlich der Energiepolitik gegeben. Diese gemeinsame Linie haben Sie im Jahre 1987 verlassen. Daraufhin ist es hier im Jahre 1989 zu Auseinandersetzungen über die Energiepolitik der Zukunft gekommen.

Wenn Sie jetzt meinen, Sie müßten diesen Fakt umdrehen,

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

und behaupten, die Kohlefraktion und insbesondere die Unterstützung für die Kohleregionen - das leiten Sie daraus ja ab - sei von der CDU hier in Frage gestellt, dann sage ich Ihnen: Das ist wider besseres Wissen!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben selbst den Grund dafür geliefert, indem Sie angeführt haben, Herr Dr. Linssen habe sich noch auf der Kohlekonferenz, die Sie eben genannt haben, zu den Programmen für die Umstrukturierung der Kohleregionen bekannt. Meine Damen und Herren von der SPD, das ist doch gerade der Punkt, den wir hier beklagen!

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Eine solche Doppelzüngigkeit und Verlogenheit!)

Ich habe das heute auch beim Kollegen Tschöeltsch wieder entdeckt: Wir beklagen, daß Sie, nachdem in der Kohlefrage doch wirklich mehr Klarheit herrscht, nicht mit Volldampf an den Umstrukturierungsprozeß im Lande gehen und nicht die Bedingungen für unsere Wirtschaft fundamental verändern. Deswegen mahnen wir doch eine klare Linie und klare Ziele an.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Das ist unerträglich!)

Herr Wirtschaftsminister, solange Sie uns die Liste darüber, wie die Mittel verwendet werden, nicht geben, müssen wir nach den Beispielen, die wir jetzt

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

kennen, leider Gottes unterstellen, daß selbst das, was Sie uns zur Umschichtung von einzelbetrieblicher Förderung hin zu Infrastrukturförderung vorgetragen haben, nicht richtig ist.

Sie sagen, Sie hätten früher sehr stark Einzelunternehmen gefördert - nur zu 10 % Infrastrukturmaßnahmen und zu 90 % Unternehmen -, heute betrage der Anteil für die Infrastrukturmaßnahmen 60 %. Es hat sich anschließend aber herausgestellt, daß zu den Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen eine Maßnahme in Oberhausen gehört, wo für ein einzelnes Unternehmen ein Standort aufbereitet wird - das ist doch eine einzelbetriebliche Förderung -, oder daß halbstaatliche Unternehmen gefördert werden - ich nenne das Beispiel HDO in Oberhausen, dieses Gemeinschaftsunternehmen zwischen WestLB und Stadt Oberhausen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das ist zukunftssträchtig!)

- Das kann wohl zukunftssträchtig sein, es darf aber doch nicht sein - das müßten Sie, Herr Dammeyer, doch auch begreifen -, von einzelbetrieblicher Förderung Abstand zu nehmen, um halbstaatliche Einzelbetriebe zu fördern, und das Infrastrukturförderung zu nennen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das macht doch keinen Sinn!

Deswegen, Herr Wirtschaftsminister, allen Ernstes: Wir können Ihnen nach allem, was wir heute wissen, erst glauben, wenn Sie uns die Einzelbezuschussungen im Wirtschaftsausschuß vorlegen und wir darüber im einzelnen diskutieren können. Sie haben oft versprochen, uns die Daten zu geben, bekommen haben wir noch gar nichts. Solange Sie uns diese Liste nicht vorlegen, sind das alles leere Worte.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Wie Ihre ganze Rede!)

Wir können Sie nur bitten, das Parlament ernst zu nehmen; das ist der eigentliche Sinn dieser Debatte. Nehmen Sie das Parlament endlich ernst! Sagen Sie

(C)

uns, wie Sie die Kurve zu einer vernünftigen Wirtschaftsstrukturpolitik in diesem Lande kriegen wollen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Abgeordneter Aigner [SPD]: Sie Dummschwätzer! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Nach Ihren Vorschlägen nicht!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Stüber von der Fraktion der SPD das Wort.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Müssen wir auf jeden Mist reagieren, der hier abgesondert wird?)

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil, Herr Kollege Meyer - das richte ich direkt an Sie - ich es unerträglich finde, in welcher Art Sie hier Wirtschaftspolitik kritisieren, wie Sie agieren und den Wirtschaftsminister diffamieren. Ich halte es in der Tat für unerträglich, in welchem Stil Sie das hier tun.

Ich sage Ihnen erstens: Wir haben heute einen Nachtragshaushalt zu behandeln, wir haben keine Haushaltsberatung!

(D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wie? - Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist ein Nachtragshaushalt!)

Wenn Sie dazu etwas hätten sagen können, hätten wir das bei den Haushaltsberatungen gemacht. Aber das ist Ihnen zu spät eingefallen. Das ist nicht unser Problem.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Zu den 135 Millionen DM VE haben Sie kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Stüber [SPD])

Sie sprechen über Dinge, die heute gar nicht anstehen. Es kann ja sein, daß Sie die Chance nutzen wollen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Was steht denn bei Ihnen heute auf der Tagesordnung?)

Ich will Ihnen eines sagen: Zwei Tage vor der entscheidenden Verhandlung zum Kohlekompromiß in Bonn hat der Kollege Linssen in einem Zeitungsinterview die Kohlefraktion aufgekündigt. Er hat wörtlich erklärt, die Kohlefraktion habe den Strukturwandel in den Kohleregionen blockiert und behindert.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Das ist schwarz auf weiß nachzulesen. Das ist die Aufkündigung der Kohlefraktion!

(Beifall bei der SPD)

Betreiben Sie jetzt keine Geschichtsklitterung, indem Sie darstellen, die Auseinandersetzung um die Kernenergie 1987 sei das Verlassen der Kohlefraktion gewesen. Das istbarer Unsinn, das nimmt Ihnen nicht einmal mehr die betroffene Wirtschaft ab.

(B) (Beifall bei der SPD)

Sie haben hier Projekte angesprochen, zum Beispiel das in Oberhausen. Das ist es, was wir kritisieren, wogegen wir uns verwahren und wo wir Sie permanent auffordern, klar Position zu beziehen. Sagen Sie einmal, ob ein solches Projekt sinnvoll ist oder nicht, dann kann man darüber reden. Aber dieses Zerreden, dieses Labern und Einen-Brei-Ausschütten von Verunglimpfung, Diffamierung und Nebelkerzenwerfen, dieses Fragen, ob alles Rechtens ist, ob nicht irgendwo etwas nicht sauber gelaufen ist, dieses Ausstreuen von Verdächtigungen -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wer diffamiert denn hier?)

davor hat selbst Kollege Rohde im Ältestenrat gewarnt. Er hat davor gewarnt, solche Projekte kaputtzureden.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

(C)

Nehmen Sie das bitte einmal ernst!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wenn Sie den Rohde schon zum Kronzeugen nehmen, Herr Stüber!)

Eine letzte Bemerkung, und zwar zum Kollegen Tschoeltsch! Das war wieder ein Rundumschlag. Ganz persönlich an Sie, Herr Kollege Tschoeltsch, und in aller Ruhe gesagt: Ich hätte es toll gefunden, wenn Sie an dieses Pult gegangen wären und sich für diesen unerträglichen Ausdruck "Ermächtigungsgesetz" entschuldigt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre angemessen gewesen. Alles andere können Sie vergessen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie direkt das Wort - das dürfen Sie natürlich - oder wollen Sie erst noch Dr. Linssen sprechen lassen? Er hatte sich eher gemeldet, aber Sie haben ja das Recht, immer zu sprechen. - Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort!

(D)

(Unruhe - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dieser Minister geht immer vor!)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte lediglich eine mehr oder weniger persönliche Bemerkung machen.

Herr Kollege Meyer, es wird Ihnen auch mit solchen Formulierungen nicht gelingen, einen Keil zwischen die SPD-Fraktion und den Wirtschaftsminister zu treiben.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Den gibt es schon längst!)

Was Sie moniert haben, was ich in Artikeln, vor Verbänden und sonstigen Einrichtungen gesagt habe,

(A) (Minister Einert)

ist überhaupt kein Geheimnis. Ich wiederhole das. Ich unterschreibe jedes Wort, das ich dort gesagt habe.

Damit Sie Klarheit haben: Genau diese Inhalte sage ich nicht nur vor Verbänden und Unternehmern, sondern ich habe sie wörtlich so formuliert auch hier im Landtag vorgetragen.

(Abgeordneter Dr. Robde [F.D.P.]: Richtig!)

Vielleicht lesen Sie einmal das Protokoll nach. In einer Debatte hat der Kollege Schauerte gesagt: Das war eine hervorragende Rede. Da hat er sich wohl bei seinen eigenen Parteifreunden in die Nesseln gesetzt. Ich habe bisher noch kein negatives Echo von meinen politischen Freunden gehört. Und ich glaube auch nicht, daß eines kommt. Deshalb habe ich es gar nicht nötig, mir anzuhören, daß Sie hier vortragen und monieren, ich würde draußen im Lande anders reden als hier im Landtag. Ich rede stets mit gleicher Zunge.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen das Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten natürlich gern die Frage beantwortet bekommen, Herr Einert, aber vielleicht läßt sich das am heutigen Abend irgendwann in anderer Form nachholen.

Ich möchte nur, damit die Geschichtsklitterung nicht weitergeht, Herr Stüber, hier doch noch einmal den Sachverhalt der Kohlefraktion, wie wir sie gehabt haben, ganz kurz referieren. Wir haben hier Debatten gehabt, vor allen Dingen seit dem Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie der SPD in Nürnberg, über Jahre. Wir haben 1989 eine Debatte gehabt, in der für die CDU-Fraktion die Kollegin Thoben, der Vorsitzende Bernhard Worms und ich geredet haben; die empfehle ich Ihrer Lektüre. Da ist ganz klar geworden, daß diese Kohlefraktion aufgekündigt wurde

(C)

durch die SPD, durch ihren Ausstieg aus der Kernenergie.

(Beifall bei der CDU)

Seinerzeit ist durch Sie diese Kohlefraktion - das ist hier auch so festgehalten worden - ganz klar aufgekündigt worden.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das haben Sie behauptet!)

Es gab also überhaupt keine Veranlassung und keine Gelegenheit, durch mich irgendwann später vor der entscheidenden Kohlerunde in Bonn eine Aufkündigung vorzunehmen, da die längst stattgefunden hatte, und zwar durch Sie. Es ist richtig, daß ich in einem Hintergrundgespräch zwei Tage vor dieser Kohlerunde in Bonn die Überlegung angestellt habe, ob diese Kohlefraktion, solange sie hier gehalten hatte, nämlich bis 1989, mit dazu beigetragen hat, daß der Strukturwandel in diesem Lande zu langsam voranschritten ist. Das ist Tatsache.

Herr Stüber, ich hätte wirklich die Bitte, daß Sie das jetzt vielleicht noch verinnerlichen und in Zukunft auch so vortragen. - Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Herr Kollege Dr. Busch, bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich freue mich, daß Sie meine Wortmeldung schon mit Vorfreude zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte noch einmal zur Sache kommen. Wir reden hier über Haushalt. Es ist eine konkrete Frage zum Haushalt, zum Umgang mit Haushalt gestellt worden, eine konkrete Frage an Sie, Herr Einert. Sie hatten hier das Wort ergriffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

aber Sie haben diese Frage nicht beantwortet. Doch Sie haben weiterhin die Gelegenheit, diese Frage zu beantworten. Es geht offensichtlich um Aussagen, die Sie in Recklinghausen getan haben. Die "Recklinghäuser Zeitung" vom 21. Januar 1992 berichtet, daß Sie dort die Finanzierung diverser Projekte angekündigt haben, nämlich mit dem Hinweis auf den Ministerpräsidenten Rau persönlich. Also, der oberste Gutsherr persönlich habe gesagt: Das machen wir jetzt.

(Widerspruch bei der SPD)

Jetzt fragen wir uns natürlich: Wie kommen Sie zu einer so weitreichenden Aussage, wenn es dazu keinerlei Finanzierungsgrundlagen gibt?

Nun ist dies kein Einzelfall, sondern Herr Heinemann hat für "Therapie sofort" 2 Millionen DM angekündigt - ohne haushaltsrechtliche Grundlage. Wir haben Staatsbad Oeynhausen. Da gibt es ein Schreiben an die Stadt Oeynhausen, in dem gesagt wird: Das Thermalbad usw., das bauen wir aus. Haushaltsrechtliche Grundlage war und ist nicht vorhanden!

(B) Wir haben Herrn Schleußer, der sich im Wort fühlte, in Oberhausen etwas zu bewirken, nachdem Triple Five mißlang.

Da haben wir viele solcher Beispiele dafür, daß die Landesregierung im Lande herumzieht, Zusagen herausposaunt, ohne dazu Grundlagen zu haben. Das ist in hohem Maße kritikwürdig, und das ist offensichtlich die Mentalität, die solche Skandale wie Oberhausen und Bochum erst möglich gemacht haben, daß nämlich 107 Millionen DM bzw. 26 Millionen DM an Wirtschaftsförderungsmitteln verausgabt werden. Herr Einert, ohne daß es dazu eine verlässliche Finanzierungsgrundlage gibt.

Herr Einert, Sie haben uns immer erzählt, das seien EG-Mittel. In der entsprechenden Presseerklärung als Reaktion auf die Presseerklärung der GRÜNEN haben Sie dann gesagt: Wenn es soweit ist, werden wir solche Mittel beantragen. Das heißt, Sie haben diese Mittel gar nicht beantragt, Sie haben keine Finanzierungsgrundlage für die 107 Millionen DM. Und das ist die Mentalität, die hier kritisiert wird. Herr Einert, ich möchte Sie noch einmal ganz nachdrücklich bit-

(C) ten, diese Frage, die von Herrn Tschöeltch gestellt wurde, zu beantworten: Auf welcher Grundlage haben Sie diese Finanzierungszusagen in Recklinghausen gemacht?

Ich will noch ein Letztes sagen, Stichwort: Bürokratieabbau. Herr Einert, Bürokratieabbau, das ist ja auch ein Lieblingswort von Ihnen: Die Bürokratie verhindert den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe mittlerweile den Eindruck, damit meinen Sie nicht nur die Gewerbeaufsicht, also das Zurückdrängen der Gewerbeaufsicht als Investitionshemmnis, damit meinen Sie nicht nur mehr Straßenbau und die Verringerung von Bürgereinsprüchen als Hemmnis, sondern Sie meinen auch das Parlament insgesamt als Investitionshemmnis. Dagegen möchte ich mich hier massiv verwahren. Das ist demokratiefeindlich, wenn Sie das so betreiben.

(Beifall\* bei den GRÜNEN - Abgeordneter Memizka [SPD]: Sie sind auf jeden Fall ein Investitionshemmnis; lassen Sie sich das einmal sagen!)

(D) Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort erbeten? - Offenbar nicht. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen; ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie da genau zuhören. Zunächst schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben abzustimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/3522 mit dem Stichwort "Gleichmäßige Lehrerversorgung an Schulen". Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schwarz-Gelb!)

Die Gegenprobe! -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Rot-Grün!)